

Horst Kahrs
10.10.2022
hkahrs@gmx.net

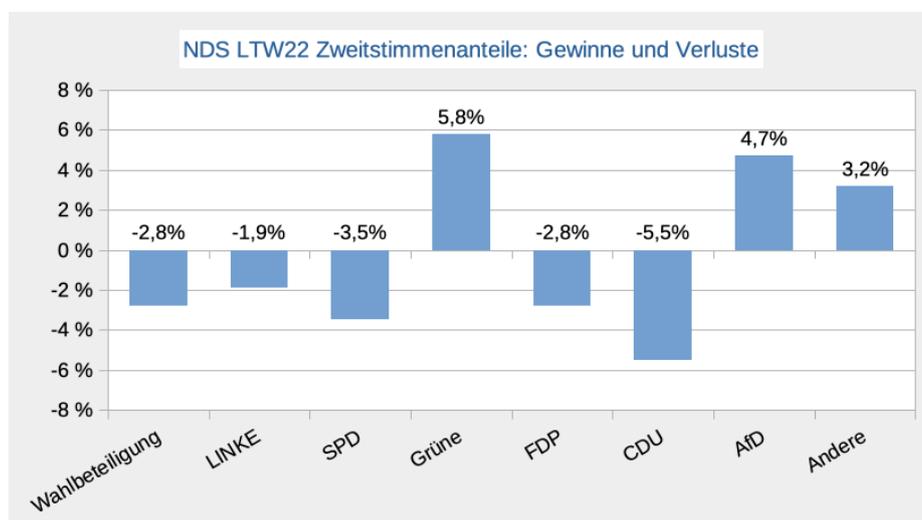
Datenstand: vorl.amtl.Enderg. – [korrigiert für Wahlkreis-Daten S. 7-9](#)

Die Wahl zum 19. Niedersächsischen Landtag am 9. Oktober 2022

WAHLNACHTBERICHT UND ERSTE DEUTUNGEN

DAS ERGEBNIS IM ÜBERBLICK

Das Ergebnis in der Übersicht						
	LTW 2017		LTW 2022 (vorl.)		Veränderung	
	Stimmen (%)	Mandate	Stimmen (%)	Mandate	Stimmen (%)	Mandate
Wähler/innen	63,1%	137	60,3%	146	-2,8%	9
LINKE	4,6%		2,7%		-1,9%	
SPD	36,9%	55	33,4%	57	-3,5%	2
Grüne	8,7%	12	14,5%	24	5,8%	12
FDP	7,5%	11	4,7%	0	-2,8%	-11
CDU	33,6%	50	28,1%	47	-5,5%	-3
AfD	6,2%	9	10,9%	18	4,7%	9
Andere	2,5%		5,7%		3,2%	



Inhalt

ERSTE ANALYSE UND DEUTUNGEN	3
WAHLERGEBNIS, PARTEISYSTEM UND LÄNGERE LINIEN	5
DIE LINKE	7
Die AfD	8
ERKENNTNISSE DER WAHLTAGSBEFRAGUNGEN	10
Wahlentscheidende Themen	10
Aussagen über Parteien	11
Wahlverhalten nach sozialen Merkmalen	11
Schätzungen zu Wählerwanderungen	15
ERKENNTNISSE AUS VORWAHLBEFRAGUNGEN	16
Anmerkungen zur politischen »Großwetterlage« in Deutschland	16
Umfragen in Niedersachsen im Vorfeld der Landtagswahl	18
Sachprobleme und Parteikompetenzen	19
Die Ergebnisse der Umfragen zur Stimmungslage bzw. »Sonntagsfrage« im Jahr 2022	20
BEVÖLKERUNG, WAHLBERECHTIGTE, REGIONALE UNGLEICHHEIT	21
Wahlberechtigte	21
Bevölkerung: Wachsen und Schrumpfen	21
Hinweise auf ungleiche regionale Entwicklungen/regionale Differenzierung	22
Arbeitnehmer (Arbeitsort in der jeweiligen Gebietseinheit)	22
Arbeitslosigkeit	23
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	23
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde	23
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner.	24
Zusammenschau	25
Niedersächsische Bruttolöhne und Verfügbare Einkommen im bundesrepublikanischen Vergleich	28

Erste Analyse und Deutungen

Die niedersächsische Landtagswahl wird vielfach als Testwahl für die Politik der Bundesregierung in den letzten Monaten verstanden bzw. der Wahlkampf einiger Parteien (z.B. CDU) lief darauf zu: die Energieversorgungssicherheit, der sozial gerechte Ausgleich von Preissteigerungen und die Politik gegenüber dem einen Aggressionskrieg führenden Russland – breit interessierende Themen, an denen sich die Bundesregierung erkennbar mühsam abarbeitet, handwerkliche Fehler begeht, nach einer klaren Linie sucht. Alles Bedingungen, die dazu einladen, die Landtagswahl auch zu einer Abrechnung mit der Bundesregierung zu machen. Dieser Versuch ist gescheitert. SPD und Grüne gehen können eine Landesregierung bilden, die CDU verliert Einfluss auf den Bundesrat. Allein das Scheitern der FDP am Wiedereinzug setzt die Bundesregierung unter Druck.

Die Wahlbeteiligung blieb mit 60,3% deutlich unter der Vorwahl (63,1%). Sie stieg nicht wie bei den Landtagswahlen 2015 bis 2017 sprunghaft an, weil bundespolitische Themen zum Protest bei einer Landtagswahl motivierten, sondern ging zurück: der Charakter einer Protestwahl gegen die Bundesregierung blieb unterentwickelt.

Die SPD gewinnt die Wahl mit 33,4% trotz geringer Verluste und kann weiter den Ministerpräsidenten stellen. In erster Linie ist der Wahlerfolg ein Verdienst von Stephan Weil, der in den vergangenen Jahren keine großen Fehler machte und sich in den letzten Wochen und Monaten solidarisch mahnend von der SPD-geführten Bundesregierung absetzte. Er wies darauf hin, wer bei den Entlastungen vergessen wurde und forderte Nachbesserungen. Mit seinem betont sachlich-pragmatischem Auftreten gelang es ihm glaubhaft zu vermitteln, dass sich das Land bei seiner SPD »in guten Händen« befindet, gerade in unsicheren Zeiten. Gleichzeitig hat er auch Erwartungen geweckt, nämlich dass das Land in der Krise als Energieproduzent und Vorreiter der Dekarbonisierung stärker werden könne und werde.

Die Grünen verzeichnen die stärksten Zugewinne aller Parteien, stärker noch als diejenigen der AfD. Zwar bleibt das Ergebnis wieder einmal hinter zwischenzeitlichen Umfrage-Hochs zurück, gleichwohl ist es erstaunlich, denn in den zurückliegenden Wochen und Monaten verabschiedeten sich die Grünen in der Bundespolitik vom definitiven Ende der AKW-Laufzeiten zum Jahresende, in Niedersachsen (Peine) wurde mit ihrer Zustimmung ein Kohlekraftwerk aus der Reserve geholt – alles drastische Verstöße gegen das Image als Umwelt- und Klimapartei - und vor allem auch zählte die Partei zu den ersten, die Waffenlieferungen an die Ukraine forderten. Dennoch konnten sie ihr Wahlergebnis fast verdoppeln. Offensichtlich wurden diese Wendungen honoriert, das Landesergebnis lag nur wenig unter demjenigen der Bundestagswahl 2021 (16,1%). Der Grund ist naheliegend: Die Verhältnisse, unter und in denen Politik stattfindet, haben sich verändert, die neuen Handlungsbedingungen erfordern im Interesse der Problemlösung einen nicht-ideologischen Umgang mit politischen Gewissheiten aus einer anderen Zeit. An dieser Haltung in der grünen Wählerschaft: »Wenn die Fakten sich ändern, bin ich auch bereit, meine Meinung zu ändern«, prallten letztlich alle Versuche von links, Grüne-Wähler mit dem Hinweis auf den »Verrat« an früheren Positionen zu gewinnen ab. Die Grünen gewinnen erstmals Direktmandate: im Wahlkreis Lüneburg (30,0%), im Wahlkreis Göttingen-Stadt (35,2%) und in Hannover-Mitte (35,5%). In Hannover-Mitte und Göttingen-Stadt erhalten sie auch die meisten Zweitstimmen.

Die FDP verpasst mit 4,7% den Einzug in den Landtag. Angesichts der Schwäche der CDU bestand keine Aussicht, dass die FDP Teil einer »bürgerlichen Regierung«, so einst die Bezeichnung von

Christian Lindner für eine CDU-FDP-Koalition werden könnte. Teil einer niedersächsischen Ampel zu werden, war für potentielle FDP-Wähler offensichtlich auch nicht erstrebenswert, zumal rot-grün in den Umfragen eine klare Mehrheit zu bekommen schien. Da es so keinen taktischen machtpolitischen Grund gab, die Partei zu wählen, schlug die Unsicherheit über den Kurs der Partei in unsicheren Krisenzeiten durch. Wer FDP gewählt hatte, weil sich Lindner als der harte Anwalt der Schuldenbremse inszeniert hatte, musste angesichts der allein in diesem Jahr geschaffenen »Sondervermögen« ins Zweifeln kommen. Nach dieser Landtagswahl werden die innerparteilichen Spannungen zunehmen.

Die CDU fährt das schlechteste Ergebnis seit 1955 ein. Sie konnte sich in der Landesregierung weder inhaltlich noch personell als alternative, eine Regierung führende Partei profilieren. Sie wird voraussichtlich wieder Oppositionspartei im Niedersächsischen Landtag. Die Versuche, das gute Abschneiden der SPD auf die positiven Werte von Stephan Weil zu schieben, ist als indirektes Eingeständnis einer gescheiterten Wahlstrategie zu werten. Die Niederlage der Niedersachsen-CDU ist auch eine Niederlage von Friedrich Merz. Es war Friedrich Merz, der noch im März dieses Jahres für härtere Sanktionen gegen Russland, für einen Verzicht auf russisches Gas eingetreten war, als die Regierung noch zögerte, in die eigene Anhängerschaft hinein Unsicherheit über den Kurs der Partei streute und keine klare Alternative zur Regierungspolitik vertrat. In ihrer Not öffnete die CDU dann im Wahlkampf für eigene Anhänger dreifach den Weg zur AfD: In den letzten Wochen vor der Wahl erklärte sie die Landtagswahl zu einer reinen Protestwahl gegen die Bundesregierung. Friedrich Merz schmiegte sich mit der Bezeichnung »Sozialtouristen« für Geflüchtete aus der Ukraine den migrationsfeindlichen Tönen von Rechtsaußen an. Und der Spitzenkandidat Althusmann spielte mit seinem Wahlkampf-Slogan »Nicht lange reden. Endlich machen« dem auch gegen demokratische Entscheidungsprozeduren gerichteten Wunsch nach »schnellen Entscheidungen« in die Hände.

Die AfD erzielt erstmals bei einer Landtagswahl im Westen wieder Zugewinne, und zwar deutlich. Sie profitiert als einzige Partei von dem Unmut, der sich im Land angesichts der neuen Krisen und der Regierungspolitik ansammelt. Offensichtlich spielt die tatsächliche Arbeit der zerstrittenen Landtagsfraktion keine Rolle bei der Wahlentscheidung. Es geht um die Gegenwart und Zukunft: Die Stimme für die AfD, so mögen manche noch denken, erhöht die Chance, gehört zu werden. Wichtiger aber ist, dass der Wahlkampf der AfD identitätspolitisch ausgerichtet war und eine offen russlandfreundliche Position bezogen wurde. Die AfD verfügt mittlerweile über eigene Kommunikationswege und die Fähigkeit zur Milieubildung auch im Westen des Landes.

DIE LINKE war von einigen Beobachtern eine »kleine, aber realistische Chance« auf den Wiedereinzug in den Landtag zugesprochen wurde; zumal es für Proteststimmen günstig erschien, dass der Ausgang der Wahl klar zu sein schien, taktisches Wählen der Linken eher wenig schaden könnte. Stattdessen landet sie mit 2,7% weit unter der Sperrklausel und dem Vorwahlergebnis, bleibt erneut bei einer Landtagswahl unter 3%. Die Selbstbeschwörung, wonach es die Partei im Land »braucht«, zog nicht. Die Beschwörung von »heißem Herbst« und »sozialen Protest«, auf die die Parteiführung seit dem Sommer setzt, zog zumindest bei dieser Landtagswahl nicht. Dazu mag auch beigetragen haben, dass der Wahlkampf mit der »Mal ehrlich«-Kampagne weder Lösungen anbot noch die Stimmungen der Verunsicherung, der Sorge und auch des Unmuts in der Bevölkerung traf. Im Wahlkampf konnte die Partei kein eigenes Thema kenntlich machen, dass bei der Wahlentscheidung den Unterschied gemacht hätte. Die Ursachen hierfür dürften in den innerparteilichen Zerrüttungen zu suchen sei, den ungeklärten Fragen, was und wen man bekommt, wenn man die Partei wählt, und in dem Zusammenfallen verschiedener unterschiedlicher

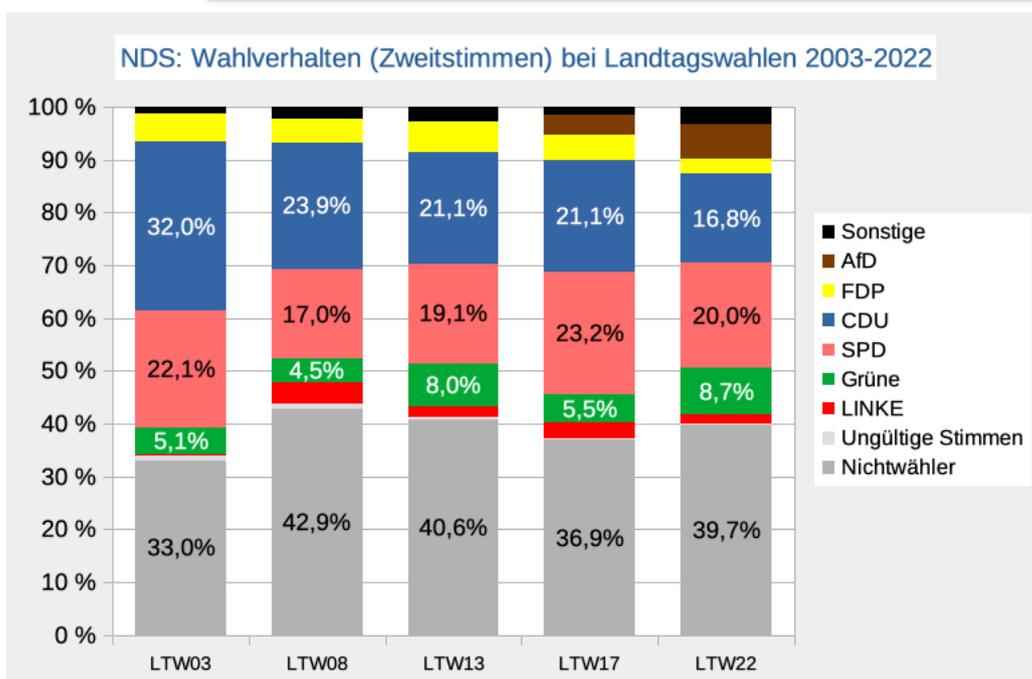
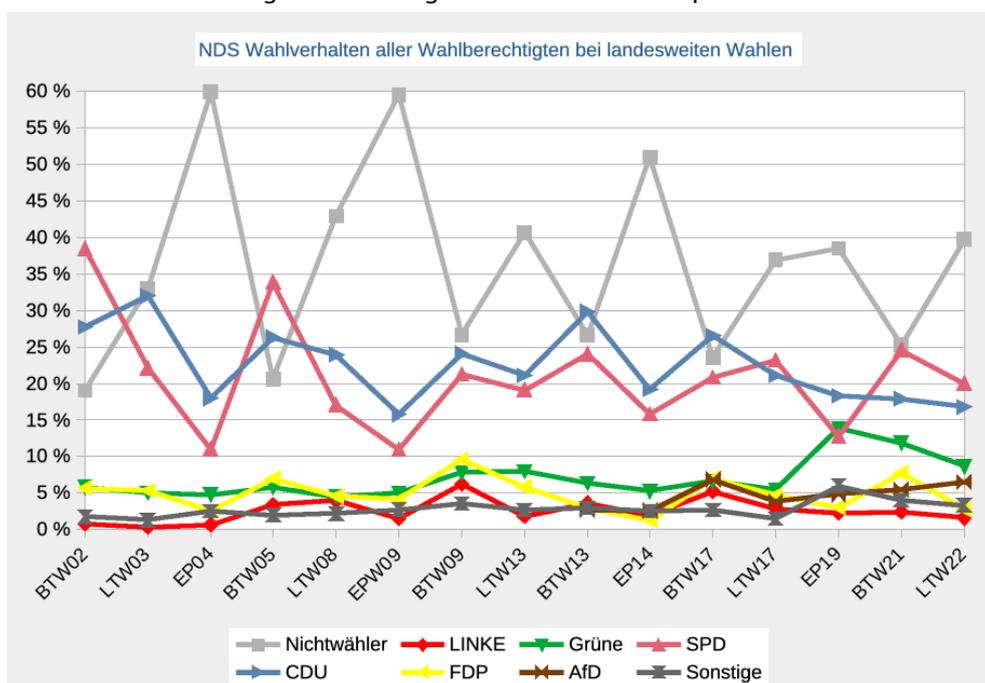
tiefer Krisen, denen mit den bekannten Antworten nicht beizukommen ist. Verteilungspolitische Antworten reichen nicht mehr aus, um linke Politik erkennbar zu machen. Möglicherweise ist es nach dieser Serie von Wahlniederlagen nunmehr zu spät, mit der bereits 2019 nach der Europawahl vom Co-Vorsitzenden der Bundestagsfraktion geforderten »grundsätzlichen programmatischen und strategischen Erneuerung« ernst zu machen.

Wahlergebnis, Parteiensystem und längere Linien

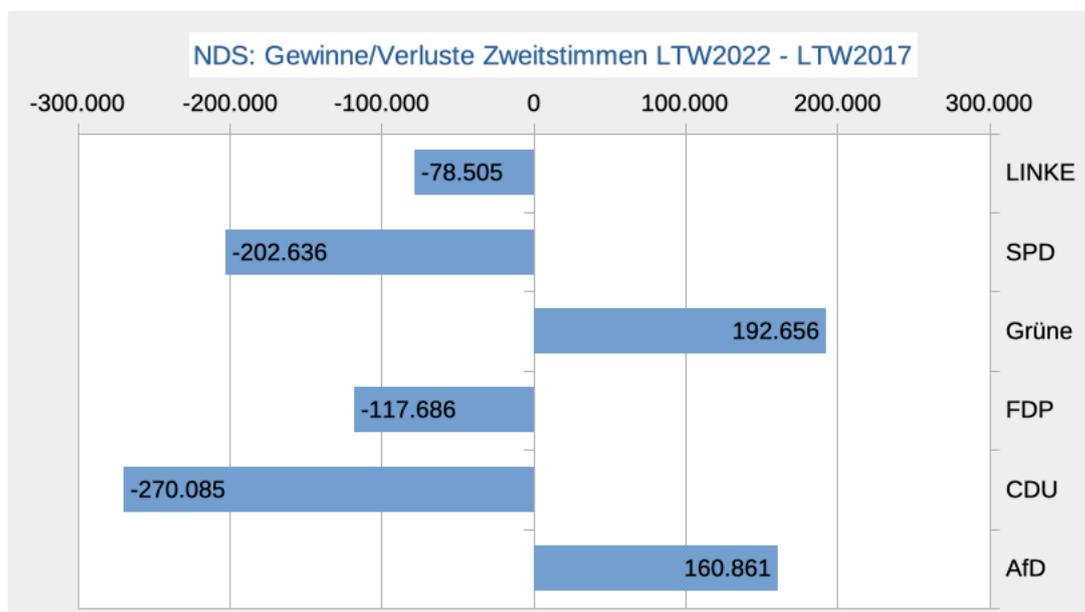
Ein Blick auf die landesweiten Wahlen seit der Bundestagswahl 2022, also der letzten zwanzig Jahre, zeigt eine hohe »Beweglichkeit« der niedersächsischen Wählerinnen und Wähler hinsichtlich der Einschätzung, wie bedeutsam eine Teilnahme an der Wahl ist – wobei in der langfristigen Perspektive eher eine Abnahme als Zunahme in der Wahlenthaltung zu beobachten ist – und auch in der institutionellen Ebene. Landtagswahlen folgen anderen Gesichtspunkten als Bundestagswahlen – zuletzt 2017 in aller

Deutlichkeit zu beobachten, als wenige Wochen nach der Wahlniederlage der SPD bei der Bundestagswahl ein Wahlerfolg in Niedersachsen folgte.

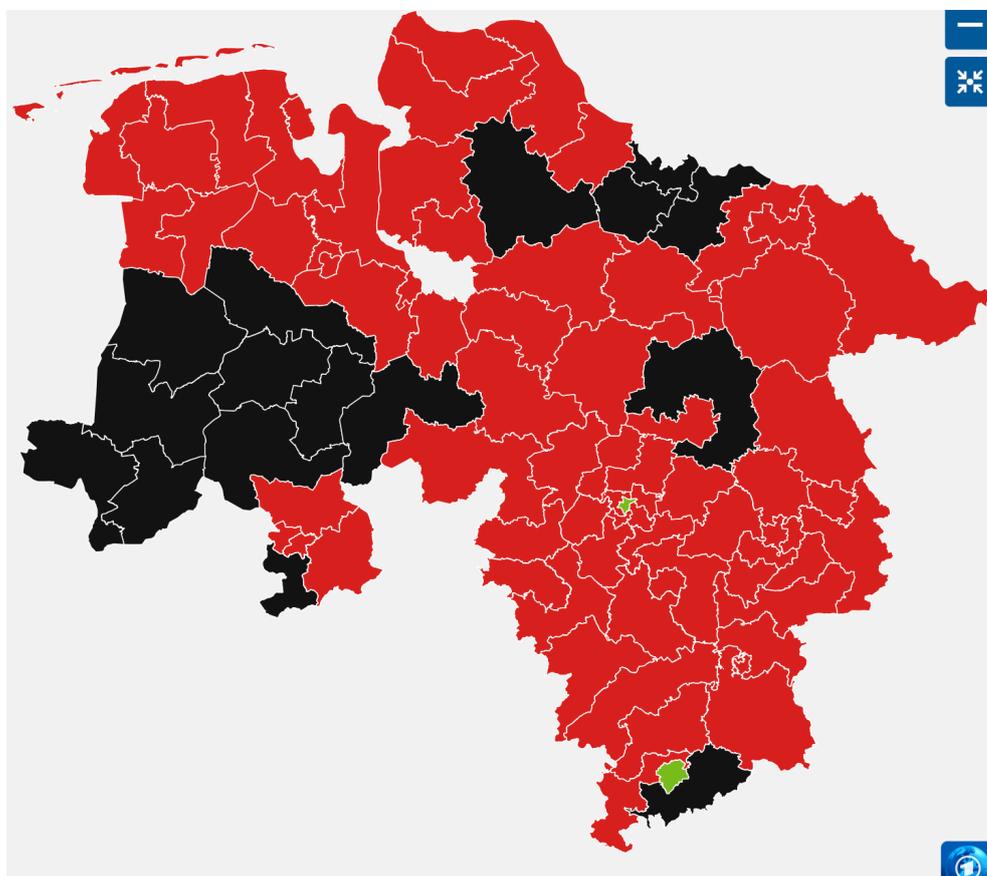
Der Blick auf die letzten fünf Landtagswahlen zeigt eine wachsende Verankerung von



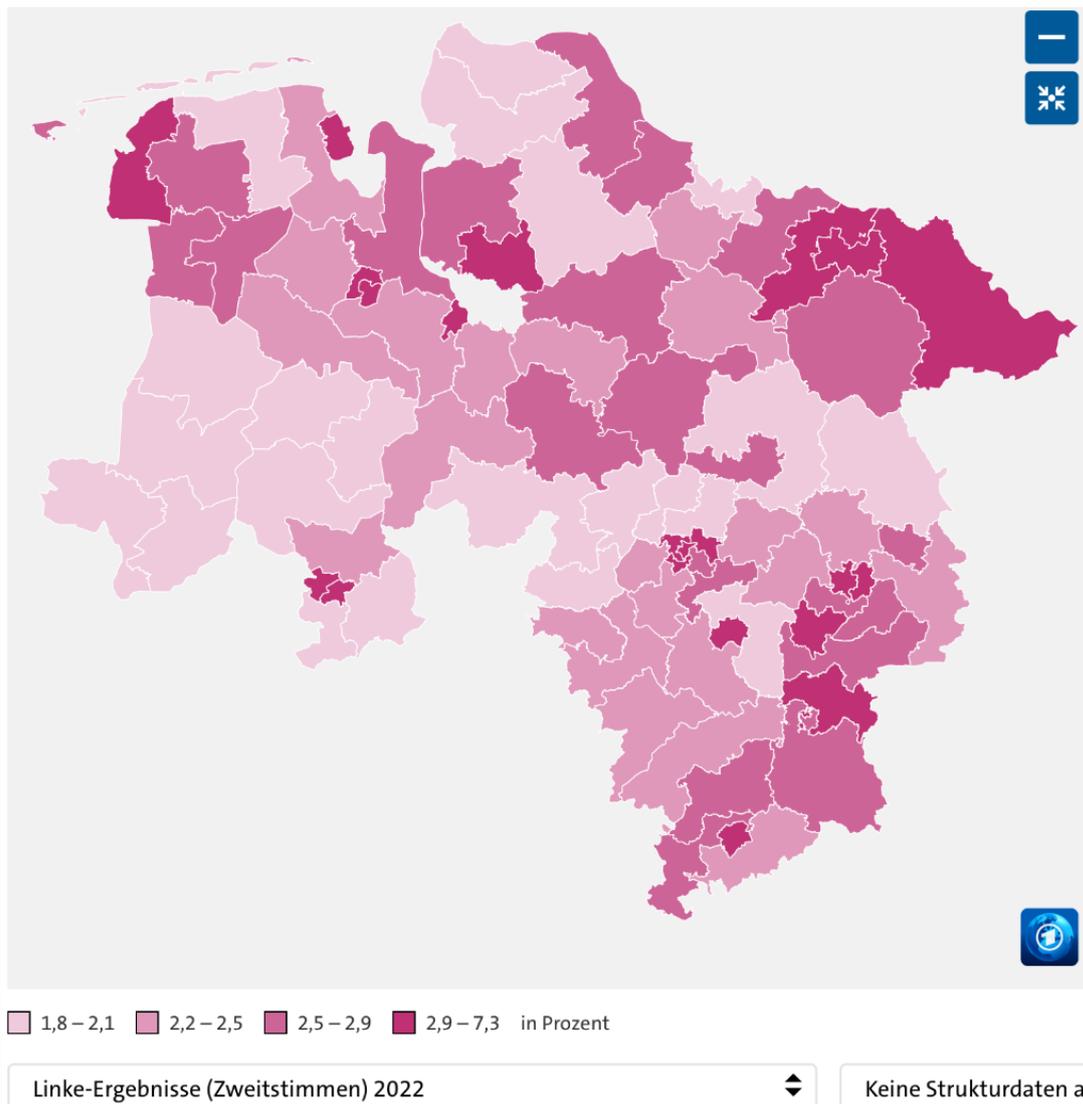
in »kulturellen« Fragen gegensätzlichen Parteien, die Grünen und der AfD, und einen nahezu dramatisch sinkenden Rückhalt der CDU unter den Wahlberechtigten, von 32% in 2003 auf aktuell nicht einmal mehr 17%. Deutlich wird auch, dass DIE LINKE über einen marginalen Rückhalt in der Landespolitik nie hinauskam.



Bei der diesjährigen Landtagswahl wechselte in 10 Wahlkreisen die Farbe der stärksten Zweitstimmen-Partei: in acht Wahlkreisen von der CDU zur SPD, in zwei Wahlkreisen von der SPD zu den Grünen.

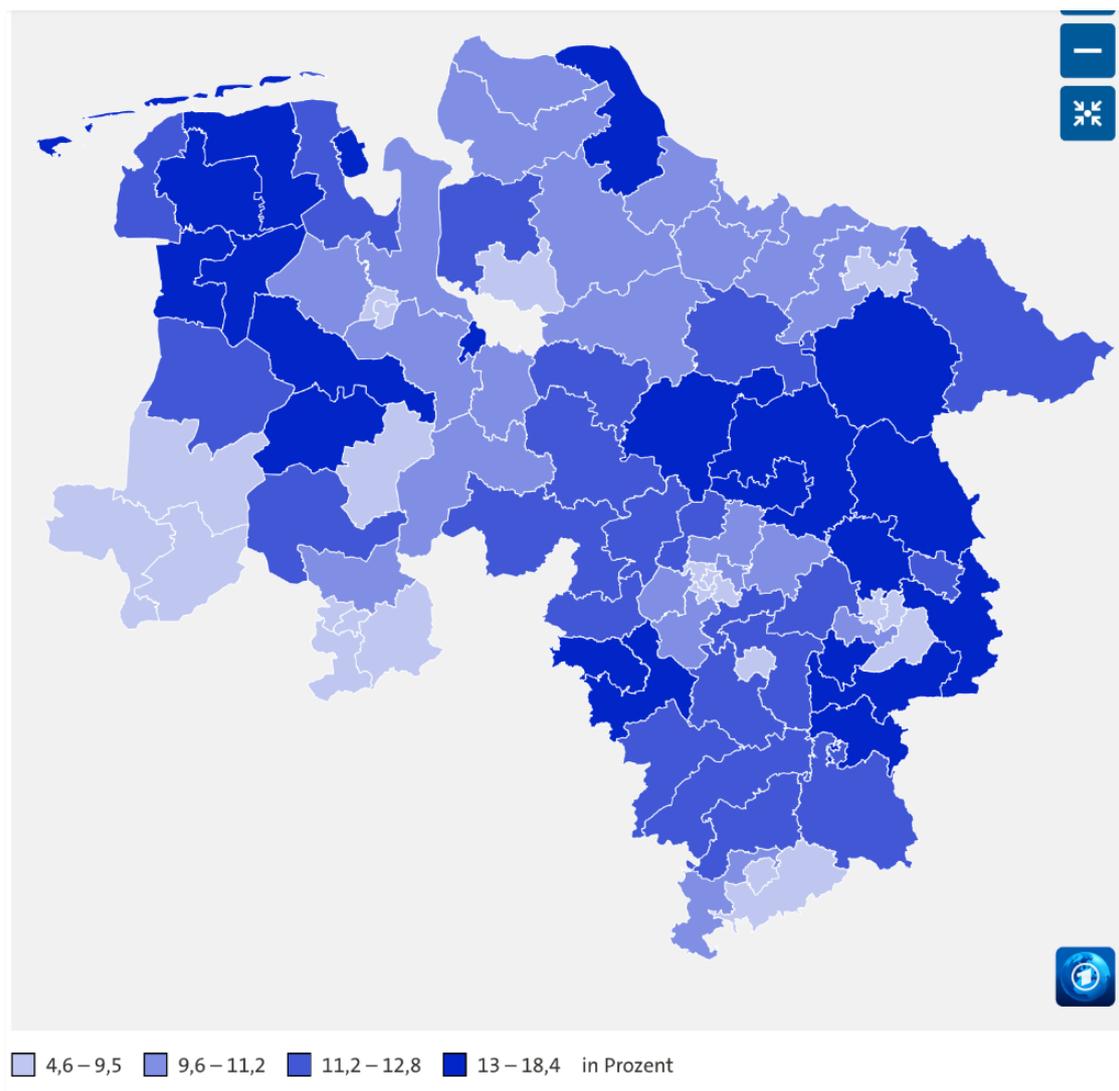


DIE LINKE



DIE LINKE erhält ihr schlechtestes Ergebnis seit der Parteigründung bzw. der Bundestagswahl 2005 – weniger als 100.000 Zweitstimmen. Auffällig ist, dass sie erstmals einen höheren Erststimmen-Anteil (3,0%) als Zweitstimmen (2,7%) erhält. Nur noch in statt 21 Wahlkreisen gelangen mehr als 5% der Stimmen: WK 62 Oldenburg-Mitte/Süd mit 5,6% (-4,9%), WK 25 Hannover-Linden mit 7,3% (-6,4%) und im WK 16 Göttingen-Stadt mit 6,5% (-3,4%). Besonders bemerkenswert sind die hohen Verluste in den Universitätsstädten und Hochburgen Göttingen, Hannover, Oldenburg und Osnabrück, widersprechen sie doch der Annahme, die Partei sei zu einer Repräsentantin »urbaner (akademischer) Milieus« oder hätte zumindest dort eine Zukunft.

Die AfD



Die AfD erreicht ihr bestes Ergebnis im WK 11 Salzgitter mit 18,4%. Es folgen weitere überdurchschnittliche Ergebnisse in der Region Braunschweig: im WK 5 Gifhorn-Nord/Wolfsburg mit 16,8% (+9,5% - der stärkste Zuwachs), WK 10 Wolfenbüttel-Salzgitter mit 15,1% oder WK 6 Gifhorn-Süd mit 14,4%. Eine zweite Region mit überdurchschnittlichen Gewinnen befindet sich im Nordwesten, vor allem im Weser-Ems-Gebiet. Es beginnt mit einem Zuwachs im WK 42 Diepholz (um 8,9% auf 14,0%) und geht weiter über Delmenhorst nach Wilhelmshaven und dann entlang der Nordseeküste bis Aurich (15,6%, plus 9,1%) und Leer (15,4%, plus 9,2%). In der Region Lüneburg erhält die AfD überdurchschnittliche Zustimmung in Soltau, Bergen, Celle und im Alten Land an der Unterelbe.

Grob geblickt: Die Hochburgen der AfD liegen einerseits in der »Automobil-Region« um Wolfsburg, dann in den demographisch schrumpfenden Regionen der Lüneburger Heide und zwischen Elbe und Weser und schließlich im Nordwesten Gebieten, die von Deindustrialisierung betroffen bzw. bedroht sind. Aber auch in der CDU-Hochburg und Wachstumsregion Cloppenburg, nicht aber im benachbarten Vechta.

LTW NDS: Zweitstimmenanteile DIE LINKE

	2017	2022	
1 Braunschweig-Nord	7,0 %	3,7 %	-3,3 %
2 Braunschweig-Süd	4,7 %	2,7 %	-2,0 %
3 Braunschweig-West	7,7 %	4,2 %	-3,4 %
4 Peine	3,9 %	2,2 %	-1,7 %
5 Gifhorn-Nord/Wolfsburg	3,5 %	2,1 %	-1,5 %
6 Gifhorn-Süd	3,8 %	2,3 %	-1,5 %
7 Wolfsburg	4,7 %	2,5 %	-2,2 %
8 Helmstedt	3,9 %	2,5 %	-1,5 %
9 Wolfenbüttel-Nord	4,8 %	2,6 %	-2,2 %
10 Wolfenbüttel-Süd/Salzgitter	4,4 %	2,9 %	-1,5 %
11 Salzgitter	4,8 %	3,5 %	-1,3 %
12 Göttingen/Harz	3,4 %	2,7 %	-0,7 %
0 Seesen	4,4 %		
13 Goslar	4,9 %	2,3 %	-2,6 %
14 Duderstadt	3,4 %	2,3 %	-1,2 %
15 Göttingen-Münden	5,0 %	2,7 %	-2,2 %
16 Göttingen-Stadt	9,9 %	6,5 %	-3,3 %
17 Northeim	3,7 %	2,6 %	-1,1 %
18 Einbek	3,7 %	2,3 %	-1,4 %
19 Holzminden	3,3 %	2,1 %	-1,1 %
20 Hildesheim	6,2 %	4,3 %	-2,0 %
21 Sarstedt/Bad Salzdetfurth	3,3 %	2,0 %	-1,3 %
22 Alfeld	3,6 %	2,4 %	-1,2 %
23 Hannover-Döhren	5,2 %	2,9 %	-2,3 %
24 Hannover-Buchholz	5,2 %	3,1 %	-2,1 %
25 Hannover-Linden	13,7 %	7,3 %	-6,4 %
26 Hannover-Ricklingen	6,7 %	3,7 %	-3,1 %
27 Hannover-Mitte	9,3 %	5,2 %	-4,1 %
28 Laatzen	4,0 %	2,5 %	-1,5 %
29 Lehrte	4,3 %	2,2 %	-2,1 %
30 Langenhagen	3,7 %	2,1 %	-1,5 %
31 Garbsen/Wedemark	3,8 %	1,9 %	-1,9 %
32 Neustadt/Wunstorf	3,8 %	2,1 %	-1,7 %
33 Barsinghausen	4,3 %	2,2 %	-2,1 %
34 Springe	4,5 %	2,2 %	-2,2 %
35 Bad Pyrmont	4,2 %	2,2 %	-2,0 %
36 Schaumburg	3,7 %	2,1 %	-1,6 %
37 Hameln/Rinteln	4,5 %	2,4 %	-2,1 %
38 Nienburg/Schaumburg	2,9 %	2,0 %	-0,9 %
39 Nienburg-Nord	3,5 %	2,5 %	-0,9 %
40 Syke	4,6 %	2,3 %	-2,3 %
41 Diepholz	3,6 %	2,2 %	-1,4 %
42 Walsrode	3,6 %	2,5 %	-1,1 %
43 Soltau	3,4 %	2,2 %	-1,1 %
44 Bergen	3,0 %	2,0 %	-1,0 %
45 Celle	4,1 %	2,6 %	-1,5 %
46 Uelzen	4,2 %	2,5 %	-1,7 %
47 Elbe	6,3 %	4,4 %	-2,0 %
48 Lüneburg Land		3,0 %	
49 Lüneburg	7,5 %	4,8 %	-2,7 %
50 Winsen	4,3 %	2,5 %	-1,8 %
51 Seevetal	3,8 %	2,0 %	-1,8 %
52 Buchholz	4,5 %	2,4 %	-2,1 %
53 Rotenburg	4,0 %	2,6 %	-1,4 %
54 Bremervörde	3,1 %	1,8 %	-1,4 %
55 Buxtehude	4,4 %	2,6 %	-1,8 %
56 Stade	3,8 %	2,6 %	-1,2 %
57 Geestland	3,8 %	1,9 %	-1,9 %
58 Cuxhaven	4,0 %	1,9 %	-2,0 %
59 Unterweser	5,0 %	2,6 %	-2,5 %
60 Osterholz	6,6 %	3,0 %	-3,6 %
61 Verden	4,0 %	2,3 %	-1,6 %
62 Oldenburg-Mitte/Süd	10,5 %	5,6 %	-4,9 %
63 Oldenburg-Nord/West	8,5 %	4,1 %	-4,3 %
64 Oldenburg-Mitte/Süd	4,2 %	2,3 %	-1,9 %
65 Delmenhorst	5,8 %	3,2 %	-2,5 %
66 Cloppenburg-Nord	3,2 %	2,2 %	-1,0 %
67 Cloppenburg	2,7 %	2,0 %	-0,7 %
68 Vechta	2,6 %	1,8 %	-0,7 %
69 Wilhelmshaven	5,4 %	3,3 %	-2,1 %
70 Friesland	4,0 %	2,4 %	-1,6 %
71 Wesermarsch	4,3 %	2,6 %	-1,7 %
72 Ammerland	4,0 %	2,4 %	-1,6 %
73 Bersenbrück	2,8 %	1,8 %	-1,0 %
74 Melle	3,8 %	2,1 %	-1,6 %
75 Bramsche	4,4 %	2,4 %	-2,0 %
76 Georgsmarienhütte	3,7 %	1,9 %	-1,8 %
77 Osnabrück-Ost	7,2 %	4,6 %	-2,7 %
78 Osnabrück-West	7,1 %	3,9 %	-3,1 %
79 Grafschaft Bentheim	2,9 %	1,8 %	-1,1 %
80 Lingen	2,7 %	1,9 %	-0,8 %
81 Meppen	2,3 %	1,8 %	-0,5 %
82 Papenburg	2,6 %	1,8 %	-0,8 %
83 Leer	4,0 %	2,7 %	-1,2 %
84 Leer/Borkum	3,6 %	2,7 %	-1,0 %
85 Emden/Norden	5,3 %	3,4 %	-1,9 %
86 Aurich	4,5 %	2,9 %	-1,6 %
87 Wittmund/Inseln	3,6 %	2,1 %	-1,5 %

LTW NDS: Zweitstimmenanteile der AfD

	2017	2022	
1 Braunschweig-Nord	4,7 %	5,9 %	1,3 %
2 Braunschweig-Süd	7,4 %	11,2 %	3,8 %
3 Braunschweig-West	6,3 %	8,0 %	1,7 %
4 Peine	6,7 %	12,2 %	5,5 %
5 Gifhorn-Nord/Wolfsburg	7,3 %	16,8 %	9,5 %
6 Gifhorn-Süd	7,3 %	14,4 %	7,1 %
7 Wolfsburg	8,2 %	12,5 %	4,3 %
8 Helmstedt	6,8 %	13,7 %	6,9 %
9 Wolfenbüttel-Nord	6,8 %	9,5 %	2,7 %
10 Wolfenbüttel-Süd/Salzgitter	8,9 %	15,1 %	6,2 %
11 Salzgitter	13,7 %	18,4 %	4,7 %
12 Göttingen/Harz	7,0 %	12,8 %	5,9 %
0 Seesen	7,5 %		
13 Goslar	8,1 %	14,4 %	6,3 %
14 Duderstadt	4,9 %	8,9 %	4,0 %
15 Göttingen-Münden	6,5 %	9,9 %	3,4 %
16 Göttingen-Stadt	3,6 %	4,6 %	0,9 %
17 Northeim	6,8 %	12,0 %	5,3 %
18 Einbek	5,7 %	12,0 %	6,3 %
19 Holzminden	6,0 %	12,8 %	6,8 %
20 Hildesheim	6,1 %	8,5 %	2,4 %
21 Sarstedt/Bad Salzdetfurth	6,9 %	12,2 %	5,3 %
22 Alfeld	6,3 %	12,0 %	5,7 %
23 Hannover-Döhren	5,4 %	6,8 %	1,3 %
24 Hannover-Buchholz	7,1 %	9,7 %	2,7 %
25 Hannover-Linden	5,8 %	7,9 %	2,1 %
26 Hannover-Ricklingen	6,0 %	7,6 %	1,7 %
27 Hannover-Mitte	4,3 %	5,2 %	0,9 %
28 Laatzen	7,2 %	12,3 %	5,1 %
29 Lehrte	6,9 %	10,9 %	4,1 %
30 Langenhagen	7,1 %	10,9 %	3,9 %
31 Garbsen/Wedemark	7,5 %	11,7 %	4,1 %
32 Neustadt/Wunstorf	6,4 %	11,2 %	4,7 %
33 Barsinghausen	7,2 %	11,1 %	3,9 %
34 Springe	6,8 %	10,2 %	3,3 %
35 Bad Pyrmont	7,2 %	13,6 %	6,4 %
36 Schaumburg	6,8 %	11,5 %	4,7 %
37 Hameln/Rinteln	7,7 %	13,6 %	5,9 %
38 Nienburg/Schaumburg	5,5 %	11,2 %	5,7 %
39 Nienburg-Nord	6,5 %	13,0 %	6,5 %
40 Syke	6,0 %	9,9 %	3,8 %
41 Diepholz	5,0 %	11,1 %	6,0 %
42 Walsrode	6,5 %	14,0 %	7,5 %
43 Soltau	6,8 %	12,4 %	5,6 %
44 Bergen	7,4 %	14,3 %	6,8 %
45 Celle	8,6 %	14,8 %	6,2 %
46 Uelzen	6,7 %	14,0 %	7,3 %
47 Elbe	6,6 %	12,3 %	5,6 %
48 Lüneburg Land		10,4 %	
49 Lüneburg	6,2 %	8,3 %	2,1 %
50 Winsen	7,4 %	10,8 %	3,4 %
51 Seevetal	7,2 %	10,3 %	3,0 %
52 Buchholz	6,6 %	9,6 %	3,0 %
53 Rotenburg	5,4 %	10,7 %	5,4 %
54 Bremervörde	4,6 %	10,1 %	5,5 %
55 Buxtehude	6,6 %	10,3 %	3,7 %
56 Stade	6,8 %	13,0 %	6,2 %
57 Geestland	5,9 %	10,7 %	4,8 %
58 Cuxhaven	5,7 %	9,7 %	4,0 %
59 Unterweser	6,7 %	11,3 %	4,6 %
60 Osterholz	6,1 %	8,6 %	2,5 %
61 Verden	6,4 %	11,2 %	4,7 %
62 Oldenburg-Mitte/Süd	5,0 %	7,0 %	2,0 %
63 Oldenburg-Nord/West	4,4 %	5,8 %	1,4 %
64 Oldenburg-Mitte/Süd	5,7 %	9,7 %	4,0 %
65 Delmenhorst	10,5 %	14,9 %	4,4 %
66 Cloppenburg-Nord	6,1 %	13,8 %	7,7 %
67 Cloppenburg	5,1 %	13,1 %	8,0 %
68 Vechta	4,2 %	9,1 %	4,9 %
69 Wilhelmshaven	8,3 %	14,2 %	5,8 %
70 Friesland	5,9 %	11,8 %	5,9 %
71 Wesermarsch	5,2 %	11,1 %	5,9 %
72 Ammerland	5,3 %	10,1 %	4,8 %
73 Bersenbrück	4,5 %	11,5 %	7,1 %
74 Melle	4,3 %	8,4 %	4,1 %
75 Bramsche	5,0 %	9,8 %	4,7 %
76 Georgsmarienhütte	3,6 %	6,7 %	3,1 %
77 Osnabrück-Ost	4,3 %	6,3 %	2,0 %
78 Osnabrück-West	4,1 %	5,6 %	1,6 %
79 Grafschaft Bentheim	3,2 %	8,0 %	4,8 %
80 Lingen	3,4 %	7,9 %	4,5 %
81 Meppen	3,6 %	9,1 %	5,5 %
82 Papenburg	4,6 %	11,9 %	7,3 %
83 Leer	6,1 %	13,5 %	7,4 %
84 Leer/Borkum	6,2 %	15,4 %	9,2 %
85 Emden/Norden	5,9 %	12,7 %	6,8 %
86 Aurich	6,5 %	15,6 %	9,1 %
87 Wittmund/Inseln	5,6 %	13,5 %	7,9 %

Erkenntnisse der Wahltagsbefragungen

»85 Prozent der Befragten gaben vergangene Woche bundesweit an, die Verhältnisse in Deutschland seien für sie Anlass zur Beunruhigung, nur bei elf Prozent überwiegt die Zuversicht. Auch wenn in Niedersachsen traditionell die Wirtschaftslage besser und die Politik milder bewertet wird als im Bundesschnitt, zeigen sich auch hier 75 Prozent beunruhigt.« Jörg Schönenborn erwartete daher einen prägenden Einfluss auf die Wahlentscheidung (www.tagesschau.de, 9.10.2022, 13:59). In der Tat ist dieser Einfluss nachweisbar, aber eher in den Themen, die bei der Wahlentscheidung eine Rolle spielten und weniger bei den Parteipräferenzen.

Die Bundespolitik spielte bei der Wahlentscheidung nach den Erhebungen der FGW eine größere Rolle als 2017. 45% der Befragten gaben an, dass die Bundespolitik für ihre Entscheidung wichtiger gewesen sei (2017: 33%), für die Mehrheit (52%) war die Landespolitik wichtiger (2017: 61%). Angesichts des Ausmaßes der über das Land gekommenen Krisen und der damit verbundenen Verunsicherung spricht dies für das Augenmaß der Wählerinnen und Wähler, dass darüber entschieden werden sollte, wer in diesen Krisenzeiten des Land regieren soll. Dabei hatte Stephan Weil nicht nur den Bonus des Amtsinhabers in Krisenzeiten, sondern bereits aus Vorkrisenzeiten in den persönlichen Werten einen erheblichen Vorsprung vor möglichen Herausforderern. Bis auf die Anhänger der AfD waren die Anhänger aller anderen Parteien, einschließlich der LINKEN, mehrheitlich der Auffassung, dass Stephan Weil seine Arbeit als Ministerpräsident „eher gut“ mache.

Nach dem bei der Landtagswahl 2017 80% aller Wähler und Wählerinnen die wirtschaftliche Lage im Land als »gut« beurteilt hatten, waren es jetzt nur noch 44%. Eine Mehrheit von 54% beurteilte sie als »schlecht«. Die CDU- und AfD-Wählenden beurteilten die wirtschaftliche Lage mehrheitlich negativ, die Grünen- und SPD-Wählenden als positiv. (Infratest dimap)

Die persönliche wirtschaftliche Situation beurteilte eine deutliche Mehrheit aber immer noch als »gut«: 81% gegenüber 85% in 2017. Die eigene Situation als »gut« nach Wahlentscheidung stufen ein: Grüne 91%, SPD 83%, FDP 82%, CDU 81%, LINKE 77%, AfD 67%. Von den Wählern mit einer schlechten wirtschaftlichen Situation wählten die SPD 30%, CDU 25%, AfD 21%, Grüne 7%, FDP 5%, LINKE 3%. Eine als schlecht bewertete eigene wirtschaftliche Situation hatte mithin zweifach Einfluss auf das Wahlverhalten: die Chance, dass grün gewählt wurde, war deutlich niedriger, die Chance, dass braun gewählt wurde, deutlich höher. (Infratest dimap)

Wahlentscheidende Themen

Als die wichtigsten und zweitwichtigsten Probleme im Land wurden am Wahltag gegenüber der FGW genannt: Energie/Versorgung von 35%, Preise/Inflation von 34%, Bildung/Schule von 15%, Klima/Umwelt von 14% und Infrastruktur von 12%.

Die ersten drei der genannten Felder spiegeln sich auch in den Ergebnissen auf die Frage, welches Thema für die Wahl entscheidend war. Mit Energieversorgung und Preissteigerungen liegen zwei Themen jenseits der Landespolitik vor Bildung, dem ersten Thema mit Zuständigkeiten des Landes. Die beiden meistgenannten bundespolitischen Themen spielten für 42% der SPD-Wählerinnen, für 50% der CDU-Wähler, für 66% der FDP-Wählerinnen und 67% der AfD-Wähler die entscheidende Rolle.

Wer wählt die ... warum?						
Angaben in Prozent						
	Alle	SPD	CDU	Grüne	FDP	AfD
Energieversorgung	27	28	30	14	37	30
Preissteigerungen	19	14	20	8	29	37
Bildung	13	15	19	10	14	
Arbeitsplätze	9	11	10		7	15
Krieg in Ukraine			6			
Klima	17	16		58		

Infratest dimap, 9.10.2022, 20:20

Aussagen über Parteien

LTW22 NDS: Zugewiesene Kompetenzen der ...										
Angaben in Prozent, Veränderung gegenüber 2017										
	SPD		CDU		Grüne		FDP		AfD	
	2022	Veränd.	2022	Veränd.	2022	Veränd.	2022	Veränd.	2022	Veränd.
Soziale Gerechtigkeit	39	-5	16						8	6
Arbeitsplätze	35	-3	28	-11			6	0	6	4
Bildungspolitik	33	-1			10	4	6	-3		
Wirtschaft	30	-6	32	-9			8	-3	6	4
Kriminalitätsbekämpfung	25		32	-12					11	5
Landwirtschaftspolitik	14		24	-7	32	-6				
Klima- und Umweltpolitik					47	-18				
Energieversorgung sichern	24		25		17		5		7	

Infratest dimap, 9.10.2022, 20:15

Welche Partei sorgt am ehesten für...				
	LINKE	SPD	CDU	Grüne
Sicherheit Energieversorgung		25	22	17
Bekämpfung hoher Preise		29	21	3
Schule/Bildung		27	20	11
Wirtschaft		30	22	4
Infrastruktur		28	18	11
Soziale Gerechtigkeit	7	45	14	7

FGW

Die Forschungsgruppe Wahlen stellt die Kompetenzfrage etwas anders: »Welche Partei ist ehesten in der Lage, für ... zu sorgen?«

Wahlverhalten nach sozialen Merkmalen

Die älteren Wähler und Wählerinnen haben für eine relative parteipolitische Stabilität gesorgt und Stephan Weil und die SPD zum Wahlsieg verholfen. Bei den über 60jährigen erhielt die SPD über 40%, bei den unter 45jährigen nur 22%. Hier waren die Grünen stärker, aber auch die AfD. Konzentriert sich das Wahlverhalten der älteren Hälfte der Wahlberechtigten auf SPD und CDU, mit Abstrichen rücken Alterskohorten der Grünen-Milieus nach, so ist liegen alle Parteien bei den jüngsten Wählern deutlich näher beieinander. Auch die sonstigen Kleinstparteien, unter ihnen DIE LINKE, sind vor allem bei den unter 35jährigen stark vertreten. Bemerkenswert ist die überdurchschnittliche Stärke der AfD bei den 30-44jährigen und, wenn auch schwächer, bei den 45-59jährigen (Männern).

Wahlverhalten nach Altersgruppen							
	LINKE	SPD	GRÜNE	FDP	CDU	AfD	Sonstige
Wahlergebnis/Hochrechnung 19:22							
2003	0,5	33,4	7,6	8,1	48,3		2,1
2008	7,1	30,3	8,0	8,1	42,5		4,0
2013	3,1	32,6	13,7	9,9	36,0		4,7
2017	4,6	37,1	8,6	7,3	33,9	6,0	2,5
2022	2,7	33,1	14,1	5,0	28,0	11,4	5,7
18 - 29 Jahre							
2003		29	9	8	49		6
2008	5	29	13	8	38		7
2013	4	31	18	6	29		12
2017	7	31	12	8	31	5	6
2022		22	20	11	19	11	
30 - 44 Jahre							
2003		34	10	6	47		3
2008	7	28	10	8	41		7
2013	3	28	17	8	36		8
2017	5	30	10	9	34	8	4
2022		24	16	5	23	19	
45 - 59 Jahre							
2003		34	9	9	47		2
2008	10	33	9	7	38		2
2013	4	35	18	7	32		4
2017	5	39	10	7	32	6	1
2022		32	15	5	28	14	
60 Jahre und älter							
2003		34	4	9	50		2
2008	5	30	3	10	50		2
2013	2	34	8	14	40		2
2017	3	42	5	7	39	4	0
2022		42	12	4	32	7	

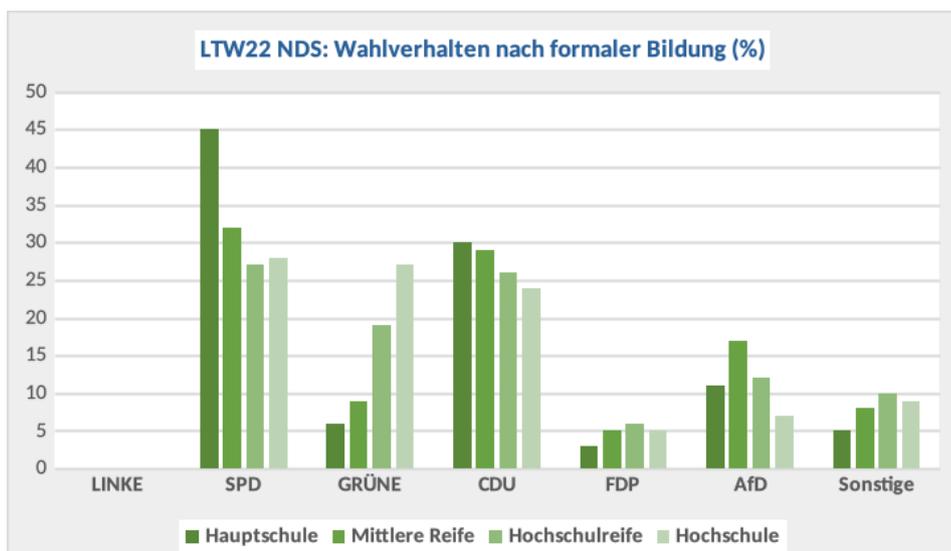
Datenquelle: Forschungsgruppe Wahlen; 9.10.2022, 18:18

Wahlverhalten nach Altersgruppen							
	LINKE	SPD	GRÜNE	FDP	CDU	AfD	Sonstige
Wahlergebnis / Hochrechnung							
2017		37	9	7	34	6	7
2022		34	14	5	28	12	7
18-24 Jahre							
2017		31	14	10	25	5	15
2022		19	20	10	16	13	22
25-34 Jahre							
2017		31	11	9	29	8	12
2022		22	20	6	19	14	19
35-44 Jahre							
2017		30	11	8	34	7	10
2022		22	18	5	24	18	13
45-59 Jahre							
2017		38	10	7	31	6	8
2022		30	14	5	28	15	8
60-69 Jahre							
2017		42	7	6	34	6	5
2022		41	15	4	26	10	4
70 Jahre und älter							
2017		40	3	7	43	5	2
2022		45	8	4	36	5	2

Quelle: Infratest dimap, Berechnungsstand 9.10.2022 18:51

Wahlverhalten nach Bildungsabschluss							
Daten der Forschungsgruppe Wahlen							
	CDU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD	Sonstige
<i>Wahlergebnis/Hochrechnung 19:22</i>							
2003	48,3	33,4	0,5	7,6	8,1		2,1
2008	42,5	30,3	7,1	8,0	8,1		4,0
2013	36,0	32,6	3,1	13,7	9,9		4,7
2017	33,6	37,0	4,6	8,9	7,5	6,1	2,3
2022	28,0	33,1	2,7	14,1	5,0	11,4	5,7
Hauptschule							
2003	48	40		3	7		2
2008	44	37	6	3	6		3
2013	41	40	2	7	7		3
2017	37	47	3	3	4	4	2
2022	30	45		6	3	11	5
Mittlere Reife							
2003	52	32		6	7		3
2008	45	29	7	6	8		5
2013	36	34	3	12	9		6
2017	37	37	6	6	6	7	1
2022	29	32		9	5	17	8
Hochschulreife							
2003	45	29		15	9		3
2008	39	28	7	13	8		4
2013	33	29	3	20	10		6
2017	33	33	6	12	9	5	2
2022	26	27		19	6	12	10
Hochschule, Uni							
2005	42	23		19	14		2
2008	37	23	8	17	13		3
2013	33	22	3	24	14		5
2017	32	31	6	14	10	5	2
2022	24	28		27	5	7	9

Forschungsgruppe Wahlen; Hochrechnung



Eine bereits aus anderen Wahlen bekannte Polarisierung im Wahlverhalten nach Bildungsabschluss wiederholt sich bei der Landtagswahl: In allen formalen Bildungsstufen kommen die beiden großen Parteien auf eine gemeinsame Mehrheit von 75% (Hauptschule) über 61% (Mittlere Reife) bis 52% (Hochschulabschluss). Jenseits dieser Parteien entscheiden sich aber 17% mit formalem Bildungsabschluss mittlere Reife für die AfD, auch 12% der Abiturienten – in anderen Fällen war das Ergebnis hier für die AfD bereits unterdurchschnittlich – während die Grünen bei den Abiturientinnen und Hochschulabsolventinnen mit 19% und 27%

– während die Grünen bei den Abiturientinnen und Hochschulabsolventinnen mit 19% und 27%

überdurchschnittlich vertreten sind. Diese Polarisierung zwischen formalen Zugängen zu handwerklich-industriellen Fachlehrberufen und akademischen Berufen betrifft aber nur einen kleineren Teil der Wählerschaft.

Die Unterscheidung nach dem beruflichen Status – erwerbstätige Arbeiter und Angestellte, Rentner – zeigt, dass 2022 auch in Niedersachsen die AfD in der – quantitativ eher kleinen Gruppe der sich an der Wahl beteiligenden erwerbstätigen Arbeiter – mit 26% außerordentlich stark geworden ist und nur knapp hinter der SPD und vor der CDU liegt. Entscheidend für den Wahlausgang war wiederum das Votum der Rentner und Rentnerinnen.

Wahlverhalten nach Berufsstatus							
	CDU/CSU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD	Sonstige
Erwerbstätige Arbeiter							
2008	36	35	11	5	6		7
2013	32	37	4	12	7		8
2017	26	41	6	6	7	12	2
2022	23	28		7	3	26	13
Erwerbstätige Angestellte							
2008	39	32	6	12	8		3
2013	32	33	3	18	9		5
2017	32	37	2	11	7	6	5
2022	24	29		17	5	12	13
Arbeitslose							
2008	19	36	27	6	8		4
2013	30	28	17	16	4		5
2017	25	34	8	6			27
2022							
Rentner							
2008	47	33	6	3	7		4
2013	43	35	3	7	10		2
2017	37	42	3	4	7	5	2
2022	33	45		10	3	5	4

Datenquelle: Infratest dimap

Berücksichtigt man wie die Forschungsgruppe Wahlen beim Berufsstatus auch Rentner, also verrentete Arbeiter und Angestellte, fällt die Abwanderung zur AfD nicht ganz so stark aus:

Wahlverhalten nach Berufsstatus							
	CDU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD	Sonstige
Wahlergebnis/Hochrechnung 19:22							
2003	48,3	33,4	0,5	7,6	8,1		2,1
2008	42,5	30,3	7,1	8,0	8,1		4,0
2013	36,0	32,6	3,1	13,7	9,9		4,7
2017	33,6	37,0	4,6	8,9	7,5	6,1	2,3
2022	28,0	33,1	2,7	14,1	5,0	11,4	5,7
Status im Beruf: Arbeiter							
2003	43	44		3	6		3
2008	36	37	10	4	6		7
2013	33	40	4	10	7		6
2017	31	42	5	5	6	9	2
2022	24	35		9	4	18	10
Status im Beruf: Angestellte							
2003	48	32		9	8		2
2008	41	31	7	9	7		4
2013	35	33	3	15	9		5
2017	34	39	4	9	8	4	2
2022	25	34		17	5	10	9

Forschungsgruppe Wahlen; Stand Hochrechnung 19:22

Schätzungen zu Wählerwanderungen

Die vorläufigen Berechnungen von Infratest dimap zeigen für die einzelnen Parteien:

Die AfD gewinnt von SPD (30.000 Stimmen), von CDU (45.000), von der FDP (40.000), von anderen Parteien (10.000) und von Nichtwählern (35.000) – das typische Bild von Proteststimmen. Allerdings Proteststimmen, die politisch nicht ungerichtet sind. Man stimmt gegen die Politik der Bundesregierung, weil man zumindest eher die Gasversorgung aus Russland gesichert haben möchte, weil man findet, dass an »unser Land zuerst« gedacht werden müsste und weil man einen bestimmten Lebensstil in den stattfindenden Veränderungen verteidigen will. Nur ein geringer Teil der Stimmen, verglichen mit den Wählerschaften der anderen Parteien, kommt von Menschen, die ihre eigene persönliche wirtschaftliche Situation als schlecht einschätzen.

Die SPD gewinnt von CDU (20.000 Stimmen) und der FDP (10.000), verliert im Saldo aber an die Grünen (55.000), die AfD (30.000), die Nichtwähler (30.000) und Andere (5.000). Die CDU gewinnt von der FDP (25.000) und verliert an SPD (20.000), Grüne (40.000), an die AfD (45.000), an die Nichtwähler (45.000) und an Andere (10.000). Es hat sich für die CDU offensichtlich nicht gelohnt, die Landtagswahl zur Abrechnung mit der Bundesregierung machen zu wollen. Die Grünen, die als einzige Partei nicht an die AfD verlieren, können im Saldo 30.000 Nichtwähler für sich gewinnen und neben den Stimmen von SPD, CDU und FDP (5.000) noch 15.000 Stimmen von Anderen. Unter den Anderen befindet sich jeweils auch DIE LINKE.

Erkenntnisse aus Vorwahlbefragungen

Anmerkungen zur politischen »Großwetterlage« in Deutschland

Die Landtagswahl in Niedersachsen ist zwar nicht die erste Wahl in Deutschland nach dem russischen Überfall auf die Ukraine, aber die erste, die vor dem Hintergrund der innenpolitischen Debatten und Auseinandersetzungen um die Bewältigung der vielfältigen Krisen stattgefunden hat: Energie, Inflation, Sicherheit der Infrastruktur. Im Schlepptau des russischen Angriffs auf die europäische Ordnung und die Unverletzlichkeit der Grenzen wurden sie teilweise ausgelöst, teilweise verschärft. Ein Aspekt dieser Krisen ist, dass Verschlepptes und Versäumtes etwa in der Energiewende offensichtlich wird. Zumal gerade in Niedersachsen, wo u.a. der Bau von (Offshore-)Windparks immer wieder stockt, weil die großen Stromtrassen nach Bayern und Baden-Württemberg in anderen Bundesländern nicht fertiggestellt werden, wo einige der größten Gas-Vorkommen Deutschlands verortet sind, wo auf den Äckern für Bio-Energie angebaut wird und wo der bayrische Ministerpräsident Söder im großen Stil Fracking-Gas fördern lassen möchte...

In den Wochen und Monaten vor der Wahl stiegen die Erwartungen an die neue Bundesregierung, staatliche Sicherheiten gegen drohenden Energiemangel im kommenden Winter und für die »Bezahlbarkeit des Lebens« zu schaffen. Die hohen Erwartungen trafen eine Regierung - und in weit geringerem Maße auch: Opposition - die auf ein solches Krisenszenario nicht vorbereitet war, sondern buchstäblich »Neuland« betreten musste - wie bereits die Vorgängerregierung bei der Pandemie. Neben handwerklichen Fehlern wurden dabei auch unerwartete, komplexere Wirkungszusammenhänge offenbar. Innerhalb der Regierungskoalition blieb die Reibung unterschiedlicher Interessen und Sichtweisen um des eigenen Profils willen nicht aus, ausgetragen, um die Schuldenbremse, die Laufzeiten von Atom- und Kohlkraftwerken, um die Verteilung der Krisenlasten, um das Verhältnis von nationalen und europäischen Maßnahmen.

Die Oppositionsparteien versuchten die politische Lage vordergründig zum eigenen Vorteil in den Umfragen zu nutzen. CDU (und FDP) trugen zum Beispiel die AKW-Laufzeitverlängerung für das AKW Emsland massiv in den Wahlkampf; die Union wollte die Landtagswahl, angesichts der Umfragestärke des Ministerpräsidenten, gegen Ende des Wahlkampfs zur Abstimmung über die Bundesregierung erklären. DIE LINKE schoss sich bundespolitisch, meist populistisch agierend, vor allem auf die Grünen und ihren »Verrat« an früheren Positionen ein, und stellte in Niedersachsen ihren Wahlkampf in den letzten Wochen auf den Schwerpunkt Energiepreise und -versorgung um. Die AfD wiederum nutzte die Gelegenheit, Unsicherheit, Sorgen und Ängste in Wut auf demokratische Institutionen und »das System« umzumünzen.

Der Ruf nach einem »heißen Herbst« machte auf Bundesebene medial die Runde und mit ihm die besorgte Frage, ob daraus im »Wutwinter« eine neue »Querfront« von rechts und links gegen die parlamentarische Demokratie entstehen könnte. Die Mehrzahl der bisherigen Demonstrationen wurde in der Tat von (eher) rechten Parolen beherrscht: »Unser Land zuerst«, die Regierung ruiniere mit den Sanktionen und dem »Wirtschaftskrieg gegen Russland« »unsere Industrie« und »unseren Wohlstand«, vor allem aber den Lebensstil einer traditionellen Mittelschicht, dessen Treibstoff billige fossile Energie ist (vgl. Johannes Hillje, Tagesspiegel 9.10.2022). Allmählich und mühsam formierte sich, ausgehend von Sozialverbänden, Gewerkschaftern und linken Formationen, eine andere Linie, die den russischen Angriff eindeutig verurteilte und grundsätzlich Gegenmaßnahmen, die auch mit eigenen Wohlstandsverlusten einhergehen könnten, für angemessen

hielt und die daher keinen »heißen«, sondern einen »solidarischen Winter« forderten, in dem die Lasten »gerecht« auf die jeweilige Tragfähigkeit der Schultern verteilt werden.

Wilhelm Heitmeyer hat zurecht darauf hingewiesen, dass frühere Krisen wie der »11. September«, die Finanzkrise oder die Flüchtlingskrise immer nur Teile der Gesellschaft betrafen. Die Pandemie und nun auch die, sagen wir: »Angriffskrieg-Krisen« betreffen die ganze Gesellschaft. Die Energiekrise trifft auf vielfältige Weise alle, die Haushalte, das Handwerk, die Industrie, die Infrastruktur. Wie bei der Pandemie hat niemand eine wirklich belastbare Vorstellung, wie lange die Krise dauern, welche Wendungen sie noch nehmen wird. Niemand soll frieren und pleitegehen und angegriffen werden und Putin soll nicht durchkommen und die europäische Kooperation nicht zerfallen - ein erneuter harten Stresstest für die demokratisch Regierungsform und Demokratie als Weise des gesellschaftlichen Zusammenlebens:

Sind die demokratischen Verfahren und Institutionen in der Lage, in einer angemessenen und kurzen Zeitspanne ohne bleibende Verletzung der Regeln die Entscheidungen zu treffen, die Maßnahmen zu erfinden, zu beschließen und wirksam umzusetzen, die den Erwartungen unterschiedlicher Interessenlagen gerecht werden oder verspielen die in diesen Institutionen agierenden Parteien durch als nur ideologisch und »parteiegoistisch« wahrgenommene Auseinandersetzungen weiteres Vertrauen und Legitimation der demokratischen Institutionen? Wie weit reicht ein überparteilicher Konsens, dass es in der von Putin fabrizierten Krise (Boris Hermann, SZ 8.10.2022) auch darum geht, dass sich die Ansicht, autoritäre Ordnungen seien keine Bedrohung, sondern eine Befreiung (von der Last demokratischer Entscheidungsfindung) nicht weiter in Bevölkerung und Politik ausbreitet? Oder setzt sich die Mobilisierung gegen die »Russland-Politik« der Bundesregierung, setzt sich die Ansicht durch, die eigene Regierung hätte durch die Sanktionen als Reaktion auf Putin das Land ins Unglück getrieben, sei also der eigentliche Verursacher, und das »Projekt des Westens«, die liberale und soziale Demokratie, sei am Ende? Erlebten wir in Niedersachsen also noch eine Landtagswahl oder nicht doch vor allem ein Votum über die Bundespolitik und die nicht einmal einjährige Ampel?

Seit dem 24. Februar veränderte sich die allgemeine Problemwahrnehmung in Deutschland: zum wichtigen Problem wurde laut ZDF-Politbarometer der außenpolitische Themenkomplex Ukraine/Krieg/Russland, gleichauf mit den Themen Energie/Versorgung/Klima und Kosten/Löhne/Preise. Mit zunehmender Dauer des Krieges, so der letzte ARD-DeutschlandTREND von Anfang Oktober stürzte die zuvor überwiegend positive Erwartung zur wirtschaftlichen Entwicklung im Land ins negative, die Sorge vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes nahm wieder zu: 19% der Befragten machten sich sehr große oder große Sorgen um den Arbeitsplatz, bei Befragten mit einem Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.500 Euro waren es 42%. Die positive Einschätzung (»gut«) der eigenen wirtschaftlichen nahm auf 51% der Befragten ab, die Verunsicherung (»teils/teils«) nahm auf 38% zu.

Die Befürworter einer größeren »Zurückhaltung« bei der militärischen Unterstützung für die Ukraine, »um Russland nicht zu provozieren« nahmen von 43% auf 47% leicht zu und befanden sich unter Anhängern der FDP (60%), der AfD (72%) und der LINKEN (73%) in der Mehrheit. Gleichwohl, so das ZDF-Politbarometer Ende September nahm die Zustimmung zu der Aussage, dass die Ukraine trotz steigender Energiepreise weiter unterstützt werden soll, im September auf 74% zu (gegenüber 71% im August und 70% im Juli).

Umfragen in Niedersachsen im Vorfeld der Landtagswahl

Mitte September, gut drei Wochen vor dem Wahltermin, bekundeten gegenüber Infratest dimap 23% der Befragten »sehr starkes« und 44% »starkes« Interesse an der Landtagswahl, 32% gaben sich »weniger« oder »gar nicht« interessiert. Anhänger der FDP zeigten sich dabei von allen Parteianhängern unterdurchschnittlich interessiert. Das letzte »Politbarometer« vom 6.10.2022, also wenige Tage vor der Wahl, verkündete, dass »40 Prozent noch nicht sicher (wissen), wen oder ob sie wählen wollen«.

»(Sehr) Zufrieden« mit der Landesregierung waren 53% der Befragten, »gar nicht« zufrieden 10%. Vor allem die Anhänger der AfD waren fast vollständig unzufrieden mit der Arbeit der Landesregierung. Bei der gleichen Fragestellung Ende September war die Zufriedenheit auf 56% gestiegen. Diese Zufriedenheitswerte lagen auf dem Niveau früherer Landesregierungen kurz vor dem Wahltermin. Gleichwohl kam es 2013 zu einem vollständigen Regierungswechsel und 2017 zu einem Wechsel des Koalitionspartners der SPD, von den Grünen zur CDU.

43% der Befragten wollten eine von der SPD geführte Landesregierung, die Mehrheit der Anhänger von SPD und Grünen. 31% wünschten eine CDUgeführte Landesregierung, mehrheitlich die Anhänger von CDU und FDP. Die AfD-Anhänger entschieden sich mehrheitlich für keine der beiden in Frage kommenden Parteien, für DIE LINKE lagen für diese (und einige andere) Fragestellung wegen zu geringer Fallzahlen keine demoskopisch verwertbaren Daten vor. 57% der Befragten äußerte sich zufrieden mit der Arbeit von Ministerpräsident Stephan Weil, bei deiner Direktwahl des Ministerpräsidenten hätte er 49% erhalten, sein Konkurrent Bernd Althusmann 27%. Diese Werte wiederholten sich auch zwei Wochen. (Letztes »Politbarometer« der »Forschungsgruppe Wahlen«: 55% zu 24% für Weil.)

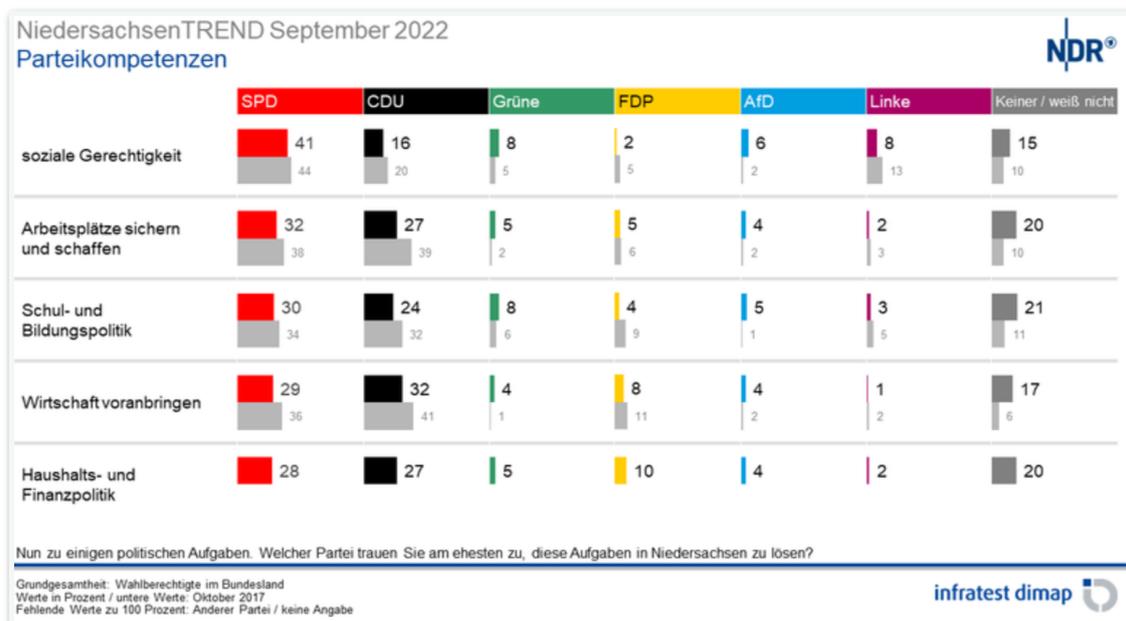
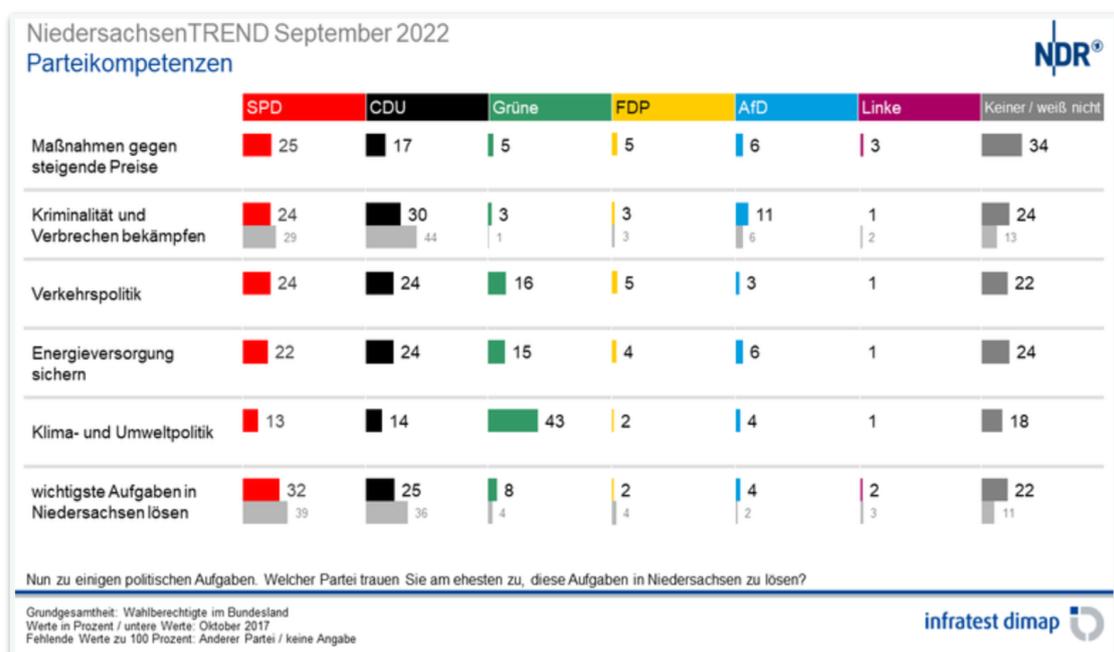
Keine der politisch möglichen Regierungskoalitionen erhielt von allen Befragten eine absolute Mehrheit. Mit »sehr gut/gut« von 39% am besten bewertet wurde die Konstellation SPD/Grüne, gefolgt von SPD/CDU (32%) und CDU/FDP (28%). Etwa zeitgleich im »Politbarometer« für Niedersachsen bewerteten 41% eine rotgrüne Koalition als »eher gut« und 41% als »eher schlecht«, alle anderen Modell wurden auch hier mehrheitlich negativ beurteilt.

Die Problemwahrnehmung von Juli bis Mitte September veränderte sich laut Niedersachsen-TREND deutlich. In der Rangliste des wichtigsten und zweitwichtigsten Problems rangierte »Energiepolitik/Energiewende« auf dem ersten Platz mit 31% (+14%), gefolgt von »Bildung/Schule/Ausbildung« mit 24% (+4%) und »Inflation/steigende Preise« mit 16% (+5%). Es folgten, mit nur geringen Veränderungen gegenüber Juli, »Umweltschutz/Klimawandel« (14%), »Mobilität/Verkehr« (14%), »Soziale Ungerechtigkeit/Armut« (8%), »Flüchtlinge/Einwanderung/Integration« (7%), »Gesundheitswesen/Pflege« (6%) und »Corona-Krise/Pandemie« (5%). Allein das Thema »Wirtschaft« (7%) wies eine bemerkenswerte Veränderung (-4%) auf.

Die bis Mitte September beschlossenen »Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung« wurden nur von 16% als »ausreichend« bewertet, von für 69% hingegen gingen sie »nicht weit genug« - eine Sicht, die unter allen Parteianhängern in der Mehrheit war. SPD-Ministerpräsident Weil hatte diese Stimmung früh aufgegriffen und weitere Entlastungen gefordert. So müsse die Einmalzahlung von 300 Euro auch an Studierende und Rentnerinnen erfolgen.

Sachprobleme und Parteikompetenzen

PolitbarometerExtra Niedersachsen, Ende September: »Bei der Energiepolitik wird den Grünen mit 26 Prozent die größte Kompetenz zugeschrieben. Danach kommen die CDU mit 22 Prozent und die SPD mit 18 Prozent (andere Parteien jeweils maximal 5 Prozent; keine: 8 Prozent; weiß nicht: 15 Prozent). Wenn es um die Abmilderung der Folgen steigender Preise geht, führt die SPD mit 26 Prozent vor der CDU mit 22 Prozent (andere Parteien jeweils maximal 5 Prozent; keine: 21 Prozent; weiß nicht: 15 Prozent). Bei der Wirtschaftskompetenz liegt die SPD mit 29 Prozent vor der CDU mit 24 Prozent (andere Parteien jeweils maximal 4 Prozent; keine: 22 Prozent; weiß nicht: 14 Prozent). Beim Thema Schule/Bildung wird der SPD mit 26 Prozent mehr zugetraut als der CDU mit 22 Prozent und den Grünen mit 10 Prozent (andere Parteien jeweils maximal 4 Prozent; keine: 11 Prozent; weiß nicht: 21 Prozent).«



Bei nahezu allen Sachthemen - mit Ausnahme »Wirtschaft voranbringen« und »Kriminalität/Verbrechen bekämpfen« wurden der SPD höhere Kompetenzwerte zugewiesen als dem bisherigen Koalitionspartner und Konkurrenten um die Staatskanzlei CDU. Allein beim Thema »Energieversorgung sichern« und »Verkehrspolitik« konkurrieren beide Parteien auf etwa gleichem Niveau. Das Feld der »Klima- und Umweltpolitik« ist das einzige, auf dem einer anderen Partei, den Grünen, (deutlich) höhere Kompetenz zugebilligt wird. Die AfD erhält allein auf dem Feld der Kriminalitätsbekämpfung Kompetenzwerte auf Höhe ihrer Umfragewerte. DIE LINKE erhält von doppelt so viel Befragten die Kompetenz, »am ehesten für soziale Gerechtigkeit in Niedersachsen« zu sorgen (8%) also sie auch wählen würden (4%).

Die Ergebnisse der Umfragen zur Stimmungslage bzw. »Sonntagsfrage« im Jahr 2022

Umfrageergebnisse: »Wenn am nächsten Sonntag Landtagswahl wäre ...«								
Institut	Datum	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	AfD	Sonstige
FGW	06.10.22	28 %	33 %	16 %	5 %	3,5 %	10 %	4,5 %
INSA	04.10.22	28 %	31 %	16 %	5 %	4 %	11 %	5 %
FGW	30.09.22	27 %	32 %	16 %	5 %	4 %	11 %	5 %
Infratest	29.09.22	30 %	32 %	16 %	5 %	3 %	9 %	5 %
Forsa	28.09.22	27 %	31 %	19 %	5 %	3 %	9 %	6 %
Infratest	22.09.22	28 %	32 %	17 %	5 %	4 %	9 %	5 %
INSA	03.09.22	28 %	31 %	19 %	7 %	4 %	7 %	4 %
Infratest	31.08.22	27 %	31 %	19 %	6 %	4 %	7 %	6 %
Forsa	30.08.22	26 %	29 %	22 %	6 %	3 %	8 %	6 %
dimap	06.07.22	27 %	30 %	22 %	7 %	3 %	6 %	5 %
Forsa	29.06.22	26 %	30 %	22 %	6 %	3 %	7 %	6 %
INSA	21.06.22	29 %	31 %	17 %	8 %	4 %	6 %	5 %
Forsa	03.05.22	26 %	33 %	19 %	7 %	3 %	6 %	6 %
Forsa	30.03.22	25 %	34 %	17 %	8 %	3 %	7 %	6 %
INSA	23.02.22	26 %	34 %	14 %	11 %	4 %	7 %	4 %

Quelle: www.wahlrecht.de

Insgesamt ergeben die Umfragen zu Einstellungen und Stimmungen vor der Wahl, dass es keine ausgeprägte Wechselstimmung gibt. Die Mehrheit würde es gut bzw. in Ordnung finden, wenn Ministerpräsident Weil weiterregieren könnte. Eine Koalition mit den Grünen wird als besser bewertet als eine Fortsetzung der letzten »Großen Koalition« auf Landesebene, die Unterschiede sind allerdings eher gradueller Natur. Die Themen, die die Menschen bewegen, sind vor allem die bundespolitischen Themen. Energieversorgung, Energiewende, Preise, Inflation sind keine in Hannover zu lösenden Aufgaben. Von einer Protestwahl gegen die »Ampel-Regierung« in Berlin hoffen in Niedersachsen, schaut man auf den Wahlkampf, die AfD und die CDU zu profitieren, in Maßen aber auch DIE LINKE. Besonders beachtenswert ist in diesem Kontext das Auftreten der CDU: Friedrich Merz und Bernd Althusmann attackieren Bundes- und Landesregierung in der eher populistisch ausgerichteten Frage der Laufzeit des einzig verbliebenen niedersächsischen AKW im Emsland (der Atomausstieg Ende 2022 wurde von Kanzlerin Merkel durchgesetzt) - und wohl weit bedeutsamer mit einem Wahllogan auf dem Kandidaten-Plakat von Althusmann, der sich an antidemokratische Stimmungen anschmiegt: »Nicht lange reden. Einfach machen.«

Bevölkerung, Wahlberechtigte, regionale Ungleichheit

Wahlberechtigte

Von den gut 8 Millionen Einwohnern des Landes sind drei Viertel, gut 6 Millionen, wahlberechtigt gewesen. Etwa ein Sechstel der Einwohner durfte nicht wählen, weil das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet war, und knapp einem Zehntel der über 18jährigen fehlte die deutsche Staatsangehörigkeit, unter den 25 bis unter 35jährigen betraf das sogar jeden fünften.

Alter von ... bis unter ... Jahre	Wahlberechtigte		Anteil Ausländer an Altersgruppe
	Altersstruktur	Frauenanteil	
18 – 25	8,9 %	48,5 %	15,9 %
25 – 35	13,2 %	48,7 %	21,0 %
35 – 45	13,1 %	50,3 %	17,8 %
45 – 55	16,9 %	50,4 %	11,4 %
55- 65	19,3 %	50,6 %	5,7 %
65 – 75	13,8 %	52,0 %	4,6 %
75 – 85	10,8 %	56,3 %	2,9 %
85 u.ä.	4,0 %	66,4 %	1,8 %
50 – 60	20,3 %	50,3 %	7,5 %

Quelle: Statistik.Niedersachsen.de

Etwa die Hälfte der wahlberechtigten Männer und Frauen war älter als 55 Jahr (vgl. nebenstehende Tabelle).

Von denjenigen, die in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis stehen und Steuern und Sozialbeiträge leisten, sind knapp 10% nicht wahlberechtigt, weil sie keinen deutschen Pass besitzen. In den Städten Wolfsburg, Salzgitter und Delmenhorst sowie in den südoldenburgischen Landkreisen Cloppenburg und Vechta beträgt dieser Anteil weit überdurchschnittliche 15% bis 17%. Einen besonders hohen Anteil sozialversicherungspflichtig be-

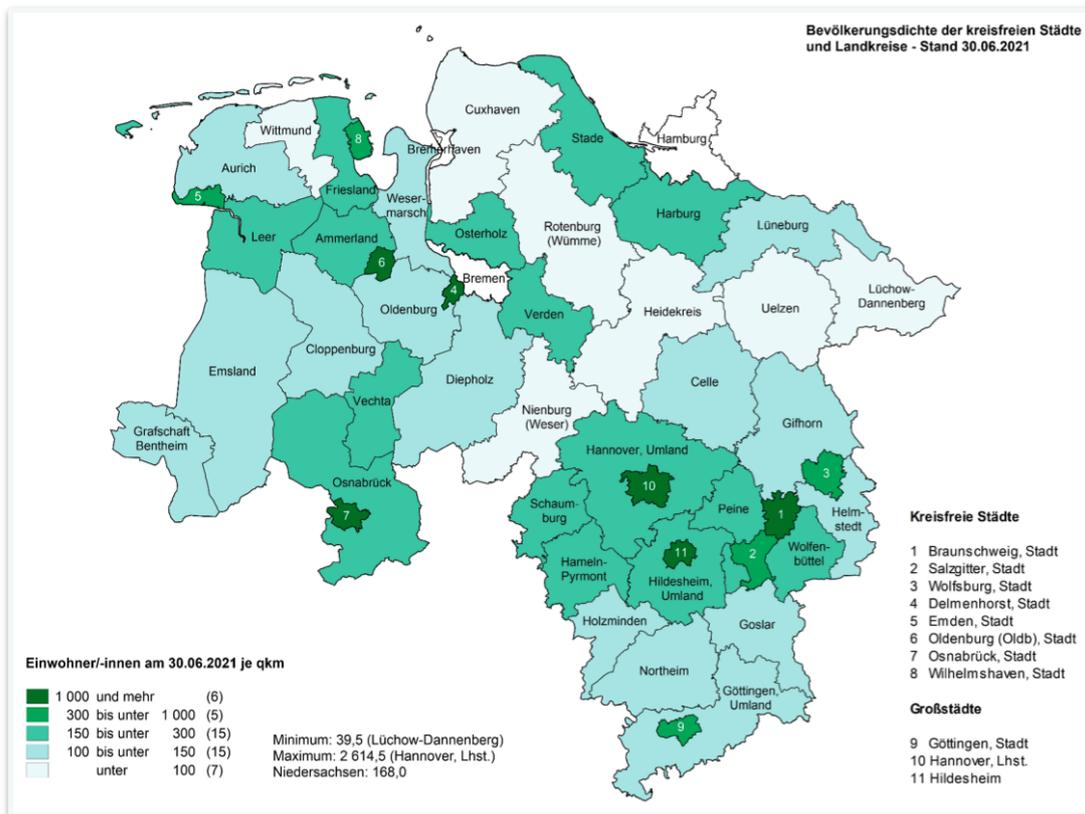
beschäftigter Ausländer gibt es in der Landwirtschaft (bis zu 25%), in der Lebensmittelindustrie (knapp 40%), in den Bauberufen (22%), in Logistikberufen (gut 20%), in den Reinigungsberufen (28%) und im Tourismus-, Hotel- und Gaststättengewerbe (21%).

Bevölkerung: Wachsen und Schrumpfen

Niedersachsen ist ein ländlich geprägtes Flächenland. Die Mehrheit, 60% der Bevölkerung, lebt in Gemeinden mit 10.000 bis 50.000 Einwohnern. Knapp 12% wohnen in Verwaltungseinheiten mit weniger als 10.000 Einwohnern, 9% in kleineren Städten mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern, 13% in Mittelstädten mit bis zu 500.000 Einwohnern und knapp 7% in der Landeshauptstadt Hannover mit mehr als 500.000 Einwohnern.

Die Bevölkerungsdichte in den Landkreisen differiert stark (siehe Grafik). In sieben Landkreisen liegt sie unter 100 Einwohnern je Quadratkilometer, am niedrigsten ist sie in Lüchow-Dannenberg, ehemals »Zonenrandgebiet«, mit unter 40.

In den vergangenen 20 Jahren ist die Bevölkerungszahl Niedersachsens um knapp 2% gewachsen. Dieses Wachstum verteilte sich höchst ungleich auf »Gewinner«- und »Verlierer«-Regionen. Zwei von acht kreisfreien Städten schrumpften: Salzgitter (-6,2%) und Wilhelmshaven (-10,3%). In 13 Landkreisen ging die Einwohnerzahl ebenfalls deutlich zurück. Sie liegen vor allem im südlichen Niedersachsen. Besonders stark sank die Einwohnerzahl in den Landkreisen Goslar (-13,7%), Helmstedt (-9,2%), Northeim (-13,9%), Hameln-Pyrmont (-8,5%) und Holzminden (-15,9%); weiter zählen dazu die Landkreise Lüchow-Dannenberg (-7,7%) und Uelzen (-5,1%) sowie Wesermarsch (-5,9%) im Regierungsbezirk Weser-Ems. Ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum verzeichneten die Landkreise Harburg und Lüneburg im Umland von Hamburg sowie die Gebiete im nordwestlichen Weser-Ems-Gebiet, darunter die kreisfreie Stadt Oldenburg (9,8%) und die Landkreise Ammerland (11,9%), Oldenburg (8,9%) Cloppenburg (12,5%), Vechta (13%), Emsland (7,7%).



Die südliche Region Braunschweig ist die Region mit sinkender Einwohnerzahl, die Regionen Hannover und Lüneburg, zwischen Weser und Elbe, liegen nah am leicht wachsenden Landesdurchschnitt, während die Region Weser-Ems, trotz der Einbußen in Wilhelmshaven und in der Wesermarsch, die Wachstumsregion Niedersachsens ist.

Hinweise auf ungleiche regionale Entwicklungen/regionale Differenzierung

Neben der Bevölkerungsentwicklung lassen sich mit Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) regional unterschiedliche Entwicklungen identifizieren. Die Entwicklung der Zahl der Arbeitnehmer, der Bruttolöhne und -gehälter sowie der Einkommen der privaten Haushalte dienen hier als Eckdaten, mit denen sich illustrieren (!) lässt, wie die Lebenssituation in der eigenen Region in Relation zu Nachbarregionen wahrgenommen werden könnte und wie unterschiedlich regionale Differenzierungen ausfallen. Die relativen Veränderungen sind am Ende dieses Abschnitts in einer Tabelle zusammengefasst.

Arbeitnehmer (Arbeitsort in der jeweiligen Gebietseinheit)

Die Zahl der Arbeitnehmer ist in Niedersachsen in den zurückliegenden 20 Jahren um 16,6% gewachsen, stärker als bundesweit (13,6%). Von 2000 bis 2010 betrug der Zuwachs 3,7%, von 2010 bis 2020 dann 12,5%. In diesem letzteren Zeitraum verzeichneten alle Gebietseinheiten eine Zunahme der Zahl der Arbeitnehmerinnen. Allerdings gibt es einige Landkreise, in denen Verluste im Vorjahreszehnt nicht wieder oder nur gerade so ausgeglichen werden konnten. Solche Verluste gegenüber 2000 gab es 2020 in den Landkreisen Goslar (-8,7%), Helmstedt (-1,4%), Hameln-Pyrmont (-6,7%), Hildesheim (-0,2%), Holzminden (-8,5%), Stadt Delmenhorst (-3,4%), Stadt Wilhelmshaven (-2,1%). Weitere Gebiete erreichten nur knapp den Stand des Jahres 2000 und blieben deutlich hinter den Veränderungsdaten im Landesdurchschnitt zurück. Ausgesprochene Boom-Regionen mit deutlich überdurchschnittlichem Zuwachs an Arbeitnehmern waren in Süd-Niedersachsen die Stadt Wolfsburg (37,5% gegenüber 2000), der Landkreis Harburg (40,1%) sowie im Weser-Ems-Gebiet die Landkreise Ammerland (33,5%), Oldenburg (28,7%), Cloppenburg (60%), Vechta (51,2%), Emsland (39,3%), Leer (26,3%) und Grafschaft Bentheim (27,2%). In der gesamten Weser-Ems-Region wuchs die Arbeitnehmer-Zahl binnen 20 Jahren um 25,4%.

Beachtet werden muss, dass die Zahl der Arbeitnehmer die am Ort Arbeitenden, also einschließlich der Einpendler aus anderen Gebietseinheiten, umfasst. So hat Wolfsburg mehr Arbeitnehmerinnen als Einwohner.

Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit ist seit zehn Jahren rückläufig. Die landesweite offizielle Arbeitslosenquote betrug Ende Juni 2022: 5,1%. Besonders hohe Arbeitslosenquoten von 7% und mehr wurden für die Städte Salzgitter (9,0%), Hannover (8,3%), Delmenhorst (9,6%), Emden (8,4%) und Wilhelmshaven (10,1%) ermittelt, sowie für die Landkreise Holzminden (7,0%) und Lüchow-Dannenberg (7,1%). Eine besonders niedrige Quote von unter 4% wiesen Landkreise im Bremer Umland und im Weser-Ems-Gebiet aus: Diepholz (3,9%), Osterholz (2,7%), Verden (3,4%); Ammerland (3,8%), Emsland (2,6%), Grafschaft Bentheim (2,5%), Vechta (3,2%), LK Oldenburg (3,0%) und LK Osnabrück (2,7%). Die Region Weser-Ems und das Bremer Umland, sozusagen der Nordwesten des Landes hat - mit Ausnahme der drei Städte mit industrieller Vergangenheit (und bescheidenerer Gegenwart) - die niedrigsten Arbeitslosenquoten.

Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer

Die Bruttolohn- und Gehaltssumme (BLG) je Arbeitnehmer betrug in Niedersachsen 34.133 Euro und lag damit bei 92,4% des Bundesdurchschnittes (2000: 94,1%; 2010: 92,2%). Innerhalb des Landes gibt es eine große Spreizung. In Wolfsburg liegt die BLG für 2020 bei 185% (63.189 Euro) des Landesdurchschnittes, im ostfriesischen Landkreis Wittmund bei 81% (27.659 Euro). Wolfsburg ragt allerdings deutlich heraus. Die zweithöchste BLG (Salzgitter) liegt mit 42.424 Euro (124%) deutlich niedriger. Die niedrigste BLG liegt bei 65% der zweithöchsten.

Auf- und Abstieg einer Region lässt sich im Verhältnis zum Landesdurchschnitt darstellen. In diesem Sinn wäre der Landkreis Stade eine »Verlierer«-Region: Im Jahr 2000 lag die dortige BLG leicht (0,1%) über dem Landesdurchschnitt, 2010 mit 97,9% und 2020 mit nur noch 91,7% darunter. Eine »Gewinner«-Region ist dann die kreisfreie Stadt Oldenburg, deren BLG von 99,2% des Landesdurchschnittes auf 102,9% anwuchs. Die Stadt Oldenburg ist allerdings die einzige Gebietseinheit, auf die der Wechsel von unterdurchschnittlich zu überdurchschnittlich zutrifft. Umgekehrt gibt es einige Regionen, deren Entwicklung von überdurchschnittlich zu unterdurchschnittlich verlief: Neben dem Landkreis Stade sind das die Landkreise Göttingen, Holzminden, und die kreisfreien Städte Osnabrück und Wilhelmshaven. In einigen Fällen sind die Unterschiede aber so gering, dass sie allein statistisch durch den außerordentlichen Zuwachs der BLG in der Autostadt Wolfsburg erklärt werden könnten. Mit 63.189 € lag sie im Jahr 2020 bei 185,1% des Landesdurchschnitts, im Jahr 2000 »nur« bei 148,1%.

Überdurchschnittliche Bruttolöhne und -gehälter gibt es überall dort, wo direkt oder indirekt in größerem Umfang für Volkswagen produziert wird: In den kreisfreien Städten Wolfsburg, Salzgitter, Braunschweig, Emden, im Landkreis Region Hannover. In den Regierungsbezirken Braunschweig und Hannover liegt die BLG über, in den Bezirken Lüneburg und Weser-Ems darunter.

Der enorme Anstieg der Arbeitnehmer-Zahl im Weser-Ems-Gebiet, insbesondere in den südoldenburgischen Landkreisen findet bei unterdurchschnittlichen Lohnsummen je Arbeitnehmerin statt. In der gesamten Region ging sie von 93,2% des Landesdurchschnittes auf 91,3% zurück, im Landkreis Cloppenburg von 86,0% auf 83,3%. In den südoldenburgischen Wachstumsregionen kommt ein relativ hoher Anteil beschäftigter Ausländer und Ausländerinnen hinzu.

Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde

Der statistisch durchschnittliche Bruttostunden-Verdienst in Niedersachsen betrug 2020 mit 26,90 Euro je Arbeitsstunde 93,5% des Bundesdurchschnitts. Die regionale Spreizung entspricht in etwa den vorherigen

Werten der BLG je Arbeitnehmer. Lässt man Wolfsburg außen vor (46,01 Euro / 171% des Landesdurchschnitts), so liegen die Stundenlöhne zwischen 31,88 Euro in Salzgitter (118,5% des Landesdurchschnitts) und 22,33 Euro (83%) im Landkreis Cloppenburg (70% des Salzgitter-Wertes).

Im Landesdurchschnitt stiegen die nominalen Stundenlöhne von 2000 bis 2020 um 52,4%. Am stärksten war der Anstieg, dank VW und Metallindustrie, im Regierungsbezirk Braunschweig (65%), gefolgt vom Bezirk Hannover (52%); unterdurchschnittlich stiegen die Stundenlöhne und -gehälter in den beiden anderen Bezirken Lüneburg (49%) und Weser-Ems (47,6%). In einigen Kreisen blieb der Anstieg deutlich - um mehr als 5 Prozentpunkte - hinter dem Anstieg des Landesdurchschnittes zurück: in den Landkreisen Peine (-8,5% gegenüber Durchschnitt), Diepholz (-7%), Hameln-Pyrmont (-6,3%), Hildesheim (-5,9%), Schaumburg (-6,8%), Osterholz (-7%), Stade (-10,9%), Cloppenburg (-8%), Oldenburg (-9,3%), Osnabrück (-10,5%); sowie in den kreisfreien Städten Delmenhorst (-5,1%), Emden (-9,2%), Wilhelmshaven (-7,1%). Der Anstieg der Stundenlöhne blieb in allen Landkreisen in Weser-Ems, in denen die Zahl der Arbeitnehmer überdurchschnittlich stieg, hinter dem Landesdurchschnitt zurück. Das Wachstum fand, insbesondere im Süddoldenburgischen, im Bereich der der Landwirtschaft, der Fleischverarbeitung und weiterer Zweige der Lebensmittelproduktion sowie angelagerten Dienstleistungen statt, also überwiegend in Bereichen mit unterdurchschnittlichen Stundenlöhnen und hoher Beschäftigungsquote von Ausländern.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner.

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner (VE) - das Einkommen nach Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen und Zurechnung von Transferleistungen - lag in Niedersachsen 2020 bei 22.812 Euro, etwa 96% des Bundesdurchschnitts. Auf die Höhe des VE hat auch die Zahl der noch nicht und der nicht mehr Erwerbstätigen Einfluss. Das VE in einer Region kann demnach langsamer wachsen, wenn die Löhne langsamer wachsen oder wenn die Zahl der Kinder und/oder Rentner in Relation zu den

Gebietseinheit	Absolute Werte in Euro				Position zum Landesdurchschnitt			
	BLG je Arbeitnehmer		BLG je Stunde		BLG-Summe		Stundenlöhne	
	2000	2020	2000	2020	2000	2020	2000	2020
Niedersachsen	23 619	34 133	17,65	26,90	100 %	100 %	100 %	100 %
Statistische Region Braunschweig	25 384	39 643	18,75	30,93	107,5 %	116,1 %	106,2 %	115,0 %
Statistische Region Hannover	25 208	35 797	18,45	28,00	106,7 %	104,9 %	104,5 %	104,1 %
Wolfsburg, Kreisfreie Stadt	34 985	63 189	24,22	46,01	148,1 %	185,1 %	137,2 %	171,0 %
Salzgitter, Kreisfreie Stadt	29 793	42 424	21,26	31,88	126,1 %	124,3 %	120,5 %	118,5 %
Braunschweig, Kreisfreie Stadt	25 789	39 932	18,92	31,08	109,2 %	117,0 %	107,2 %	115,5 %
Emden, Kreisfreie Stadt	28 388	38 683	20,45	29,29	120,2 %	113,3 %	115,9 %	108,9 %
Region Hannover, Landkreis	26 869	38 503	19,30	29,77	113,8 %	112,8 %	109,3 %	110,7 %
Wesermarsch, Landkreis	24 358	36 146	18,23	28,08	103,1 %	105,9 %	103,3 %	104,4 %
Hameln-Pyrmont, Landkreis	24 873	34 213	18,56	27,11	105,3 %	100,2 %	105,2 %	100,8 %
Statistische Region Lüneburg	21 695	30 793	16,50	24,58	91,9 %	90,2 %	93,5 %	91,4 %
Statistische Region Weser-Ems	22 011	31 175	16,73	24,70	93,2 %	91,3 %	94,8 %	91,8 %
Wolfenbüttel, Landkreis	20 712	30 991	16,44	25,56	87,7 %	90,8 %	93,1 %	95,0 %
Vechta, Landkreis	20 921	30 754	16,09	23,89	88,6 %	90,1 %	91,2 %	88,8 %
Helmstedt, Landkreis	21 174	30 694	15,99	24,35	89,6 %	89,9 %	90,6 %	90,5 %
Rotenburg (Wümme), Landkreis	20 748	30 092	15,91	23,59	87,8 %	88,2 %	90,1 %	87,7 %
Peine, Landkreis	22 356	30 036	16,89	24,31	94,7 %	88,0 %	95,7 %	90,4 %
Uelzen, Landkreis	20 597	29 755	15,55	23,56	87,2 %	87,2 %	88,1 %	87,6 %
Diepholz, Landkreis	21 237	29 341	16,27	23,66	89,9 %	86,0 %	92,2 %	88,0 %
Osterholz, Landkreis	20 834	28 813	16,26	23,65	88,2 %	84,4 %	92,1 %	87,9 %
Cuxhaven, Landkreis	20 614	28 795	15,81	23,40	87,3 %	84,4 %	89,6 %	87,0 %
Delmenhorst, Kreisfreie Stadt	19 185	28 623	15,86	23,36	81,2 %	83,9 %	89,9 %	86,8 %
Cloppenburg, Landkreis	20 318	28 447	15,46	22,33	86,0 %	83,3 %	87,6 %	83,0 %
Lüchow-Dannenberg, Landkreis	19 551	28 205	14,74	23,18	82,8 %	82,6 %	83,5 %	86,2 %
Leer, Landkreis	20 037	28 098	15,42	23,02	84,8 %	82,3 %	87,4 %	85,6 %
Oldenburg, Landkreis	20 299	28 036	15,81	22,63	85,9 %	82,1 %	89,6 %	84,1 %
Aurich, Landkreis	18 937	27 973	14,88	22,80	80,2 %	82,0 %	84,3 %	84,8 %
Wittmund, Landkreis	19 153	27 659	14,77	22,37	81,1 %	81,0 %	83,7 %	83,2 %

Arbeitnehmern überdurchschnittlich zunimmt, weil die auf sie entfallenden Sozialtransfers in der Regel niedriger sind als die durchschnittlichen Löhne.

Die Spreizung der verfügbaren Einkommen je Einwohner nach sozialstaatlicher Umverteilung ist geringer als bei den Stundenlöhnen: Der statistische Spitzenwert liegt bei 26.627 Euro oder 117% des Landesdurchschnitts im Landkreis Harburg, gefolgt von Wolfsburg mit 25.206 Euro (111%). Der niedrigste Wert wurde mit 19.050 Euro für die kreisfreie Stadt Wilhelmshaven ermittelt (71,5% des Höchstwertes). Die »wachsenden« Landkreise im Weser-Ems-Gebiet haben in den zurückliegenden Jahren gegenüber dem Landesdurchschnitt erheblich aufgeholt, im Ammerland, Oldenburg, Cloppenburg, Vechta, Emsland liegt das VE mittlerweile nah am Durchschnitt oder sogar darüber.

Zusammenschau

Für die Bewertung der eigenen Lebenslage spielt die sozialräumliche Entwicklung eine besondere Rolle. Wird im Alltag eher »Schrumpfung« oder »Wachstum« wahrgenommen? Weiter spielt der regionale Vergleich eine Rolle: Entwickelt sich die eigene Region, die Stadt oder der Landkreis - die kleinste hier datenmäßig verfügbare Einheit - im Gleichklang mit anderen Regionen, bleibt sie zurück oder geht sie voran? Um solche Entwicklungen für die 45 kreisfreien Städte und Landkreise Niedersachsens zu veranschaulichen, bietet sich an, eher demographische Entwicklungen von eher sozioökonomischen zu unterscheiden: Entwicklung der Einwohnerzahl, der Arbeitnehmer (Arbeitsplätze) im Gebiet und die im Gebiet wohnenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; und die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmerinnen die Einkommen der privaten Haushalte.

Die folgende Tabelle gibt für die Entwicklung der vorgestellten Indikatoren im Zeitraum 2000 bis 2020 die Abweichungen vom Landesdurchschnitt zusammengefasst wieder.

Die Indikatoren lassen sich in eher »demographische« und eher »sozio-ökonomische« zusammenfassen.

Zu den »demographischen« zählten dann die Einwohnerzahl und die Zahl der Arbeitsplätze (Arbeitnehmer am Arbeitsort). Für eine Reihe von Gebieten vor allem im südlichen Teil des Landes zeigt sich eine negative Entwicklung: Die Landkreise weisen bei Einwohnerzahl, Arbeitsplätzen im Landkreis und im Landkreis wohnenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eine negative Entwicklung auf (fett rote Zahlen) entgegen oder deutlich unterhalb der positiven Entwicklung im Landesdurchschnitt, in anderen blieb der Zuwachs hinter dem Landesdurchschnitt zurück (magere Zahlen). Die Unterschiede werden an den jeweiligen Abweichungen deutlich: Der Landkreis Holzminden blieb bei der Einwohnerzahl um -17,7% unter dem Landesdurchschnitt, die negative Entwicklung der Arbeitsplätze lag um -25,1% unter dem Landesdurchschnitt; gleichzeitig der Zuwachs im Landkreis Vechta, der für die Einwohner um 11,2 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt lag, bei den Arbeitsplätzen sogar um 34,5 Prozentpunkte.

Auf diese Weise lässt sich die Gleichzeitigkeit von schrumpfenden und wachsenden Regionen festhalten, in denen sich über einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten entsprechend unterschiedliche Problemlagen, Sichtweisen auf die Lebensverhältnisse, Anforderungen an Planung und Gestaltung öffentlicher Infrastruktur usw.usf. herausgebildet haben dürften. Dabei gibt es Regionen, in denen alle drei »demographischen« Indikatoren rot sind: Einwohnerzahl, Arbeitsplätze und im Gebiet wohnende sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Diese Regionen können als absolut schrumpfende Regionen betrachtet werden. In einigen wächst jedoch die Zahl der dort wohnenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten: hier fand in den zurückliegenden Jahren ein Zuwachs von Arbeitspendlern statt. In Süd-Niedersachsen bedeutet dies vor allem: Arbeitswege zu Betriebsstätten der Automobilwirtschaft. In solchen Regionen wie etwa den Landkreisen Peine und Helmstedt wird die demographische Schrumpfung gebrochen.

NDS: Abweichungen der Entwicklung 2000 bis 2020 für ausgewählte Indikatoren vom Landesdurchschnitt								
		»demographisch«			»sozioökonomisch«			
		Einw.	AN	SVB/Einw.	BLG/AN	BLG/Std.	PE/Einw.	VE/Einw.
031	Statistische Region Braunschweig	-5,5 %	-6,1 %		11,7 %	12,6 %	4,1 %	-0,2 %
03101	Braunschweig, Kreisfreie Stadt	0,6 %	-4,8 %	2,0 %	10,3 %	11,9 %	8,5 %	-6,3 %
03102	Salzgitter, Kreisfreie Stadt	-8,0 %	-16,5 %	-1,9 %	-2,1 %	-2,5 %	-12,6 %	-14,0 %
03103	Wolfsburg, Kreisfreie Stadt	0,8 %	20,8 %	2,7 %	36,1 %	37,6 %	17,8 %	1,4 %
03151	Gifhorn, Landkreis	1,6 %	2,7 %	1,4 %	2,2 %	2,1 %	9,8 %	9,9 %
03153	Goslar, Landkreis	-15,5 %	-25,4 %	-3,5 %	-2,5 %	-0,3 %	-6,8 %	-4,5 %
03154	Helmstedt, Landkreis	-11,1 %	-18,0 %	1,6 %	0,4 %	-0,1 %	8,4 %	2,2 %
03155	Norheim, Landkreis	-15,7 %	-15,1 %	-0,6 %	1,2 %	1,3 %	0,0 %	3,2 %
03157	Peine, Landkreis	0,5 %	-16,4 %	0,7 %	-10,2 %	-8,5 %	-1,4 %	-2,5 %
03158	Wolfenbüttel, Landkreis	-6,6 %	-7,6 %	-0,5 %	5,1 %	3,1 %	1,3 %	1,6 %
03159	Göttingen, Landkreis	-7,7 %	-6,3 %	-1,9 %	-2,1 %	-0,5 %	1,3 %	1,7 %
032	Statistische Region Hannover	-1,1 %	-5,3 %		-2,5 %	-0,6 %	-6,0 %	-7,4 %
03251	Diepholz, Landkreis	2,0 %	4,7 %	-0,2 %	-6,4 %	-7,0 %	-2,6 %	3,9 %
03252	Hameln-Pyrmont, Landkreis	-10,3 %	-23,4 %	1,9 %	-7,0 %	-6,3 %	-4,3 %	-3,3 %
03254	Hildesheim, Landkreis	-7,0 %	-16,8 %	-1,5 %	-7,7 %	-5,9 %	-7,6 %	-6,1 %
03255	Holzminde, Landkreis	-17,7 %	-25,1 %	-1,1 %	-1,3 %	1,6 %	-9,4 %	-5,0 %
03256	Nienburg (Weser), Landkreis	-5,1 %	-5,6 %	-2,2 %	-2,3 %	-3,0 %	-0,2 %	1,5 %
03257	Schaumburg, Landkreis	-6,0 %	-8,8 %	0,2 %	-4,5 %	-6,8 %	-8,5 %	-4,5 %
03241	Region Hannover, Landkreis	3,1 %	-0,5 %	-1,3 %	-1,2 %	1,8 %	-7,4 %	-11,9 %
033	Statistische Region Lüneburg	1,6 %	0,7 %		-2,6 %	-3,4 %	-2,7 %	1,9 %
03351	Celle, Landkreis	-2,9 %	-9,1 %	-2,2 %	0,1 %	-0,5 %	-4,4 %	-2,5 %
03352	Cuxhaven, Landkreis	-4,6 %	-2,4 %	-2,7 %	-4,8 %	-4,4 %	6,7 %	10,9 %
03353	Harburg, Landkreis	8,6 %	23,5 %	1,2 %	2,8 %	-0,1 %	-12,6 %	-4,6 %
03354	Lüchow-Dannenberg, Landkreis	-9,5 %	-10,5 %	-6,1 %	-0,3 %	4,9 %	3,9 %	8,7 %
03355	Lüneburg, Landkreis	9,0 %	6,7 %	-1,5 %	-0,1 %	-0,1 %	2,0 %	1,4 %
03356	Osterholz, Landkreis	1,7 %	-2,2 %	-0,2 %	-6,2 %	-7,0 %	-6,8 %	0,5 %
03357	Rotenburg (Wümme), Landkreis	0,1 %	1,0 %	2,1 %	0,5 %	-4,1 %	4,8 %	10,5 %
03358	Heidekreis, Landkreis	-0,5 %	-7,1 %	-0,4 %	-0,8 %	-3,9 %	-2,3 %	0,7 %
03359	Stade, Landkreis	4,8 %	4,4 %	0,8 %	-12,2 %	-10,9 %	-6,2 %	-0,8 %
03360	Uelzen, Landkreis	-6,8 %	-10,5 %	-2,4 %	-0,1 %	-0,9 %	1,8 %	4,1 %
03361	Verden, Landkreis	1,8 %	0,0 %	0,7 %	-5,2 %	-4,4 %	-10,2 %	-2,5 %
034	Statistische Region Weser-Ems	3,3 %	8,8 %		-2,9 %	-4,8 %	5,3 %	6,1 %
03401	Delmenhorst, Kreisfreie Stadt	-0,1 %	-20,0 %	-6,3 %	4,7 %	-5,1 %	-24,1 %	-18,6 %
03402	Emden, Kreisfreie Stadt	-2,2 %	-8,4 %	-2,6 %	-8,2 %	-9,2 %	-8,1 %	-10,4 %
03403	Oldenburg (Oldb.), Kreisfreie Stadt	8,0 %	2,1 %	-0,1 %	5,4 %	5,7 %	0,5 %	-6,7 %
03404	Osnabrück, Kreisfreie Stadt	1,7 %	-5,6 %	1,5 %	-8,4 %	-4,7 %	4,3 %	-6,6 %
03405	Wilhelmshaven, Kreisfreie Stadt	-12,0 %	-18,7 %	-4,8 %	-3,4 %	-7,1 %	-10,3 %	-9,9 %
03451	Ammerland, Landkreis	10,1 %	16,8 %	-0,3 %	0,5 %	0,7 %	1,0 %	5,5 %
03452	Aurich, Landkreis	0,2 %	9,7 %	-2,3 %	3,2 %	0,8 %	6,1 %	11,8 %
03453	Cloppenburg, Landkreis	10,6 %	43,3 %	3,2 %	-4,5 %	-8,0 %	15,4 %	15,1 %
03454	Emsland, Landkreis	5,9 %	22,7 %	2,0 %	-2,0 %	-4,6 %	16,2 %	18,9 %
03455	Friesland, Landkreis	-3,2 %	-11,9 %	-2,3 %	-1,8 %	-0,5 %	0,2 %	6,7 %
03456	Grafschaft Bentheim, Landkreis	4,2 %	10,6 %	0,0 %	1,9 %	-3,8 %	4,0 %	2,7 %
03457	Leer, Landkreis	4,0 %	9,7 %	-2,7 %	-4,3 %	-3,1 %	4,9 %	7,1 %
03458	Oldenburg, Landkreis	7,1 %	12,1 %	3,4 %	-6,4 %	-9,3 %	6,3 %	11,8 %
03459	Osnabrück, Landkreis	0,2 %	12,9 %	3,1 %	-7,1 %	-10,5 %	3,6 %	7,4 %
03460	Vechta, Landkreis	11,2 %	34,5 %	6,0 %	2,5 %	-3,9 %	9,2 %	7,8 %
03461	Wesermarsch, Landkreis	-7,7 %	-3,4 %	0,1 %	3,9 %	1,6 %	7,3 %	7,6 %
03462	Wittmund, Landkreis	-2,2 %	-3,9 %	-3,3 %	-0,1 %	-1,0 %	10,0 %	18,5 %

Legende: »Einw.«: Einwohner; »AN«: Arbeitnehmer am Arbeitsort; »SVB/Einw.«: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort je Einwohner; »BLG/AN«: Bruttolohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer; »BLG/Std.«: Bruttolohn- und Gehaltssumme je Arbeitsstunde; »PE/Einw.«: Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner; »VE/Einw.«: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner
Rot: unterdurchschnittliche Zuwächse bei allen »demographischen« Indikatoren; fett: unterdurchschnittliche Zuwächse bei den »demographischen« und allen »sozioökonomischen« Indikatoren. Grün: überdurchschnittliche Zuwächse, fett: bei beiden Gruppen.
Fette Zahlen: überdurchschnittliche Abweichungen.
Datenquelle: VGR der Länder; Berechnungen: HK

Lebebeispiel: In der kreisfreien Stadt Braunschweig stieg die Einwohnerzahl in den zwanzig Jahren im 0,6 Prozentpunkte stärker als im Landesdurchschnitt, aber die Zahl der in Braunschweig erwerbstätigen Arbeitnehmer blieb um 4,8 Prozentpunkte zurück. Die Arbeitsplatzentwicklung war unterdurchschnittlich, aber die Zahl der in der Stadt wohnenden (aber nicht

unbedingt arbeitenden) sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten legte überdurchschnittlich zu. Gleiches gilt für die in Braunschweig erwirtschafteten Bruttolöhne und -gehälter sowohl je Arbeitnehmer als auch je Stunde. Auch die Primäreinkommen wuchsen daher überdurchschnittlich, aber die verfügbaren Einkommen nach sozialstaatlicher Umverteilung blieben um 6,3 Prozentpunkte hinter dem Landesdurchschnitt zurück. Dieses Merkmal trifft auch auf andere Städte zu, weil relativ viele Arbeitnehmer in die Stadt zur Arbeit »einpendeln«, aber nicht wohnen. Unterdurchschnittlich gestiegene verfügbare Einkommen weisen auf einen überdurchschnittlichen Anteil von Nichtwerbstätigen, vor allem Arbeitslose, Kindern und Rentnerinnen, in der Einwohnerschaft hin.

Die »demographische« Schrumpfung wird teilweise dann »sozioökonomisch« gebrochen. So entwickelt sich die Zahl der Einwohner und der im Landkreis tätigen Arbeitnehmer deutlich unterdurchschnittlich, die Zahl der im Landkreis wohnenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nur leicht unterdurchschnittlich oder sogar überdurchschnittlich, aber die Bruttolohn- und Gehaltssumme, die Primäreinkommen und die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte steigen, wie etwa in den Landkreisen Helmstedt, Norderheide, Wolfenbüttel.

Auf diese Weise bleiben einige Gebiete, für die alle Indikatoren auf »rot« stehen und die als die absoluten »Verlierer«-Regionen der zurückliegenden Jahrzehnte betrachtet werden könnten: die Landkreise Goslar und Holzminden zählen dazu, ebenso die kreisfreien Städte Salzgitter, Emden und Wilhelmshaven. Ein Blick auf die absoluten »sozioökonomischen« Zahlen relativiert dieses Bild wiederum: Emden, Salzgitter, auch der Landkreis Wesermarsch an der Unterweser (u.a. Airbus-Fertigung, AKW Unterweser) zählen auch 2020 noch zu den wenigen Gebieten, in den die durchschnittlichen Bruttolöhne über dem Landesdurchschnitt liegen. Hier wäre von (drohenden) relativen Abstiegserscheinungen auszugehen, sozialräumlich bedrohter Zukunft.

Die Stadt Delmenhorst (ähnlich andere Gebiete) zeigt auf den ersten Blick widersprüchliche Zahlen: alle »demographischen« Indikatoren sind deutlich negativ, der Wert für die Bruttolohnsumme zeigt einen Zuwachs über dem Landesdurchschnitt bei gleichzeitig langsamer wachsenden Stundenlöhnen. Die Messung der relativen Veränderungen verdeckt hier: Die Bruttolohn- und Gehaltssumme lag 2000 bei 81,2%, 2010 bei 82,6% und 2020 dann bei 83,9% des Landesdurchschnitts und zählt immer noch zu den niedrigsten im Land, geprägt durch viele Niedriglohn-Einkommen. Hier dürfte der Mindestlohn eine positive Wirkung auf die Lohnhöhe zeigen. Gleichzeitig entwickelten sich aber die Stundenlöhne insgesamt langsamer als im Landesdurchschnitt, weil die Bedeutung tarifierter, qualifizierter Berufe niedriger ist (Hinzu kommt eine leichte Ausweitung der Teilzeitarbeit.).

Gleichzeitig gibt es im Weser-Ems-Gebiet - bis auf Gebiete entlang der Weser und Jade und an der Nordseeküste - nur Regionen mit grünen »demographischen« Indikatoren und bei den Primär- und Verfügbaren Einkommen, während die Zuwächse bei den Stundenlöhnen, teilweise auch bei der Bruttolohn-Summe je Arbeitnehmer unterdurchschnittlich sind. Hieran zeigt sich ein von der Nahrungsmittelindustrie geprägtes Wachstumsmodell mit relativ niedrigen Löhnen.

Die regionale Differenzierung ergibt insgesamt ein buntes Bild: Die herausragende Position von Wolfsburg und Umland hat sich in den zurückliegenden Jahren noch verstärkt, einige andere industriell geprägte Gebiete verlieren an Vorsprung, sind von (relativen) Abstieg »bedroht«. Industrialisierte Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie bilden ein ökonomisches Rückgrat für den Aufstieg zurückgebliebener Regionen vor allem im südoldenburgischen Weser-Ems-Gebiet und an der Grenze zu den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen. Doch bleiben die Löhne und Einkommen immer noch weit hinter dem Landesdurchschnitt zurück. Gleichzeitig stehen der Nahrungsmittelproduktion wie der Automobilindustrie weitere tiefe, sozial-ökologische Transformationsprozesse bevor.

Niedersächsische Bruttolöhne und Verfügbare Einkommen im bundesrepublikanischen Vergleich

